33. Freitag den 8. Februar 1861. 33.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen $1\frac{1}{2}$ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. $24\frac{1}{2}$ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate ($1\frac{1}{4}$ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 8. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Oekonomie-Kommissarius Franz Gottlieb Neumann zu Oppeln den Titel: Oekonomie-Kommissions-Rath, und dem Vermessungs-Revisor Karl Louis Kunz zu Merseburg den Titel: Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Heistermann von Ziehlberg zu Tuchel ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Strasburg; so wie der Rechtsanwalt und Notar von Werner zu Schlawe als Rechtsanwalt an das Kreisgericht zu Flatow, unter Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, und als Notar für das Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder; und der Rechtsanwalt und Notar Echtermeyer zu Pr. Holland als Rechtsanwalt an das Kreisgericht zu Marienburg, unter Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, und als Notar für das Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder versetzt worden; ferner ist der bisherige Kreisrichter Jehne zu Schwetz zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Marienburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Stuhm; der bisherige Kreisrichter Nauen zu Rosenberg in Pr. zum Rechtsanwalt bei dem dortigen Kreisgerichte und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Rosenberg; der bisherige Kreisrichter Kottner zu Schlochau zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Carthaus und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Carthaus; so wie der bisherige Kreisrichter Loeck zu Schoeneck zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Conitz und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Tuchel; und der Gerichtsassessor Bloebaum zu Löbau zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Pr. Stargardt und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berent, ernannt worden.

Angekommen: Se. Erzellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Jägermeister, Graf von der Asseburg-Falckenstein, von Meisdorf.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 7. Februar, Abends. Die heutige „Oestreichische Zeitung“ enthält ein bei der türkischen Gesandtschaft eingegangenes Telegramm aus Mostar vom 4. d. Nach demselben haben Insurgentenbanden im Vereine mit Montenegrinern mehrere Dörfer des Distriktes Nikfikj in der Herzegowina überfallen und gegen die friedliche muselmännische Einwohnerschaft unzählige Grausamkeiten verübt. Eine zweite Horde hat den Hauptort Corianitz überfallen, die Häuser verbrannt und ebenfalls gegen die muselmännischen Einwohner gewüthet.

Frankfurt a. M., Donnerstag 7. Februar Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Bundestages wurden die Ausschußanträge bezüglich Holsteins angenommen. Dänemark bestritt, indem es sich seine Rechte vorbehielt, für eventuelle Maaßregeln die Kompetenz.

Turin, Donnerstag 7. Februar. Die Piemontesen haben drei Pulvermagazine in die Luft gesprengt und eine Seitenkourtine der Zitadelle von Gaëta zerstört. Der Platz hat einen acht und vierzigstündigen Waffenstillstand verlangt, um die Todten zu beerdigen. General Cialdini hat denselben bewilligt und die für Verwundete nothwendigen Gegenstände dem Platze zugeschickt.

(Eingeg. 8. Februar 9 Uhr 45 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 6. Februar. [Preußens Politik in Betreff Veneziens; General Lamarmora; eine Krisis vermieden.] Aus den heutigen Erklärungen des Herrn v. Schleinitz über die auswärtige Politik Preußens (s. gestr. Ztg. Landtagsverhandlungen) werden Sie erkannt haben, daß ich nicht im Irrthum war, wenn ich wiederholt aadeutete, daß unsere Regierung in Bezug auf die venetianische Frage nicht die englische Auffassung theile, welche den Verlust Veneziens als für Deutschland und selbst für Oestreich gleichgültig darzustellen suchte. Dagegen darf man aber auch den Worten des Ministers nicht die Deutung geben, als ob Preußen eine Garantie für die Stellung Oestreichs in Venetien übernehme. Die Politik Preußens giebt allerdings Oestreich unverkennbar einen moralischen Beistand, und derselbe ist um so werthvoller, als er auch auf die Haltung des englischen Kabinets nicht ohne Einfluß geblieben ist. Wenn Lord John Russell, trotz seiner feierlich kundgegebenen Theilnahme für die nationalen Bestrebungen Italiens, sich dazu entschließt, durch eine vorausgreifende entschiedene Mißbilligung jedes Angriffes auf Venetien den geheimen Absichten Piemonts ein Halt zuzurufen, so ist wohl der Schluß berechtigt, daß England sich mit Preußen verbunden hat, um durch ihr gemeinsames Veto einen gewaltsamen Friedensbruch von italienischer oder von französischer Seite aus zu verhüten. — Die Sendung des Generals Lamarmora ist zu Ende. Er nimmt die Ueberzeugung aus Berlin mit, daß Preußen, wie sehr es das Streben der Italiener nach nationaler Selbständigkeit und freisinnigen Institutionen mit Theilnahme begleitet, kein passiver Zuschauer bleiben würde, wenn an den Grenzen Deutschlands wieder ein Kampf ausbräche, welcher die Sicherheit des deutschen Bundesgebietes und das Gleichgewicht Europa's ernstlich in Gefahr setzen könnte. Andererseits hat der sardinische Abgesandte wohl einigen Glauben für die Versicherung gefunden, daß sein Hof unter den obwaltenden Verhältnissen die Erhaltung des Friedens mit den eigenen Interessen Italiens im Einklang findet. Uebrigens bestätigt es sich, daß General Lamarmora nicht bloß die üblichen Glückwünsche zu der Thronbesteigung Königs Wilhelm, sondern auch ein eigenhändiges Schreiben seines Souveräns an unseren Monarchen überbracht hat. — Die Verwerfung der Amendements zu dem auf die innere Verwaltung bezüglichen Satze des Adreßentwurfes darf als ein bedeutungsvoller Sieg des Ministeriums gelten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Annahme eines verschärfenden Amendements zu einem ernsten Zerwürfniß zwischen der Regierung und der Kammer-Mehrheit geführt haben würde. Die Minister Graf Schwerin und v. Patow würden einem schärferen Andringen auf Beamten-Entlassung eher ihre Stellung als ihre Ueberzeugung geopfert haben.

☾ Berlin, 6. Febr. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König arbeitete heute Vormittag mit den Geheimräthen Illaire und Costenoble und ließ sich alsdann von den Generaladjutanten v. Alvensleben und v. Mantenffel Vortrag halten. Darauf empfing der König den Oberhofmarschall Grafen v. Keller und ertheilte Mittags einer Deputation des Kommunallandtages der Provinz Pommern, an deren Spitze der Oberpräsident Senfft v. Pilsach, eine Audienz. Diese Deputation war (s. gestr. Ztg.) hier eingetroffen, um dem Könige für die Ernennung des Kronprinzen zum Statthalter der Provinz Pommern zu danken und den Kronprinzen in seiner neuen Eigenschaft zu begrüßen. Darauf konferirte der König mit dem Staatsminister v. Auerswald und fuhr alsdann mit seiner Gemahlin zur Herzogin von Sagan, welche heute ihr Namensfest beging und solches durch ein Diner feierte. Nachmittags machten die hohen Herrschaften bei dem schönen Wetter eine längere Spazierfahrt im Thiergarten und kehrten zur Tafel wieder in die Stadt zurück. Der Kronprinz gab den pommerschen Deputirten ein großes Diner und hatte zu demselben auch den Handelsminister v. d. Heydt, die Generale v. Werder, v. Wussow, v. Bonin, die noch hier anwesenden fremden Militärs und andere Personen von Distinktion geladen. Abends waren die Gäste des Kronprinzen zum Thee im Palais des Königs. — Der Fürst von Hohenzollern ist jetzt völlig wiederhergestellt. Heute machte er den Prinzen und Prinzessinnen des Königshauses, der Herzogin von Sagan und anderen hohen Herrschaften seine Besuche. — Der Kronprinz und der Prinz Georg waren heute Vormittag bei der Königin-Wittwe im Schlosse Sanssouci. Mittags empfing die hohe Frau den außerordentlichen Gesandten des Königs Franz II., Grafen d'Aragon de Fitou, welcher von dem Oberhofmeister, Grafen v. Dönhoff, vorgestellt wurde. Der Graf d'Aragon verweilte längere Zeit bei der Königin Elisabeth, nahm alsdann noch einige Sehenswürdigkeiten in Augenschein und kehrte Nachmittags hierher zurück. Man sagt, der außerordentliche Gesandte werde, bevor er seine Rückreise antrete, einer Einladung der Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Strelitz folgen und am großherzoglichen Hofe einen kürzeren Aufenthalt nehmen. Ob diese Nachricht begründet ist, muß ich vorläufig dahingestellt sein lassen. Es ist bekannt, daß die hohe Frau die Idee angeregt hat, der Gemahlin des Königs Franz II. einen Lorbeerkranz zu schenken. Der Graf gefällt sich sehr bei uns und wird in den Hof- und fürstlichen Kreisen sehr ausgezeichnet. Er ist ein stattlicher, schöner Offizier, dessen Auftreten imponirt. Als er heute nach Potsdam fuhr, bemerkte ich seine ganze Brust mit Orden bedeckt. — Der sardinische General Lamarmora hat vor seiner Abreise noch den Rothen Adlerorden 1. Kl. erhalten und seinen Begleitern ist die 2. Klasse desselben verliehen worden. In den militärischen Kreisen ist noch nicht bestimmt bekannt, welcher General die Mission nach Turin erhalten wird. — Die Adreßdebatte hat unser Ministerium veranlaßt, auf verschiedene Vorwürfe zu antworten und die Parteien werden nun wissen, wie sie mit ihm daran sind. Natürlich ist die Zustimmung zu diesen Erklärungen nicht allgemein; gar Mancher machte dazu in der Tasche eine Faust; doch weiß es die Majorität dem Ministerium Dank, daß es die Wege ziemlich klar angegeben hat, die es zu gehen entschlossen ist. Die kleine Fraktion, mit welcher Graf Schwerin einige ernste Worte gewechselt hat, sitzt jetzt im Schmollwinkel. Man sieht es ihr an, daß sie sich sehr verlassen fühlt. Ihr Auftreten und ihr Verlangen hat sie um alle Sympathien gebracht. Nach diesem Fiasko, sollte man wenigstens meinen, muß ihr alle Lust vergehen, in dieser Weise noch einmal einen Ton anzuschlagen, der alle Hörer wit Unwillen erfüllt hat. — In seiner gestrigen Rede hat sich der Abg. v. Vincke soweit gehen lassen, daß er Enthüllungen brachte, durch die sich Dr. Thiele, Redakteur des „Publizist“, verletzt fühlte. Letzterer verlangt Widerruf auf derselben Stelle, wo die unwahre Behauptung ausgesprochen worden ist.

AD Berlin, 7. Februar. [Die Adreß-Debatte; General Waldersee in Kopenhagen; dänische Eröffnungen.] Die parlamentarischen Debatten über den Adreß-Entwurf haben einige Aufregung in unsere politischen Kreise gebracht, wenn man auch vollkommen überzeugt ist, daß nach der überlieferten und verfassungsmäßigen Stellung unserer Monarchen das Dasein eines Ministeriums nicht von der Polemik eines Kammerredners oder selbst von dem Mehrheitsvotum eines Hauses abhängt. Die Annahme des Vincke'schen Amendements in Bezug auf die auswärtige Politik wird daher wohl weder auf die Zusammensetzung des Ministeriums, noch auf die Stellung Preußens zur italienischen Frage Einfluß gewinnen. Uebrigens steht der Wortlaut des Vincke'schen Amendements nicht gerade in Widerspruch mit der Regierungspolitik, die der fortschreitenden Konsolidirung Italiens gewiß nicht feindlich ist, wenn Italien die Befestigung seiner Stellung nicht durch gewaltsame Zerreißung aller Verträge und als Helfershelfer seines französischen Oberschutzherrn erstrebt. Die gestrige Niederlage des auswärtigen Ministers (wenn man bei der geringen Majorität von 13 Stimmen, welche fast nur durch die grundsätzlich für die Nationalitätsidee kämpfenden Polen erzielt worden ist, überhaupt von einer Niederlage sprechen kann) ist parlamentarisch heute schon wieder ausgeglichen worden, da, dem Wunsche des Ministers v. Schleinitz gemäß, das Stavenhagensche Amendement in Betreff der deutschen Politik vom Antragsteller zurückgezogen und nach Wiederaufnahme von anderer Seite verworfen worden ist.

Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, daß General Graf Waldersee auf seiner Durchreise durch Kopenhagen von dem aufgeregten Dänenthum Insulten erfahren hat, steht bisher noch ohne authentische Bestätigung da. Wie ich höre, hat der General selbst in seinen hierher gesandten Berichten keines Begegnisses der Art Erwähnung gethan. Wenn daher an jenem Gerüchte überhaupt etwas Wahres ist, so kann es sich nur um einen ganz vereinzelten Vorgang handeln, der so unbedeutend war, daß er dem Betheiligten selbst entgangen ist. — Man erwartet, daß in der heutigen Bundestagssitzung der dänische Gesandte neue Eröffnungen in Betreff der holsteinschen Angelegenheit gemacht haben wird. (Nach der obigen Depesche aus Frankfurt scheint dies nicht der Fall gewesen zu sein. D. Red.) Die dringenden Vorstellungen der auswärtigen Großmächte sollen das dänische Kabinet bestimmt haben, auf der Bahn der Zugeständnisse weiter vorzugehen. Doch kann und wird der Bund sich nicht befriedigt erklären, wenn der holsteinschen Ständeversammlung nicht eine beschließende Stimme in Betreff der dem Herzogthum aufzulegenden Finanzlasten eingeräumt wird.

☾ Berlin, 7. Februar. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König arbeitete heute Vormittag mit dem Kriegsminister v. Roon und den Generaladjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben, ließ sich alsdann von dem Geheimrath Costenoble Vortrag halten und empfing später die Generale v. Bonin, v. Werder, v. Schlemüller. Mittags machten alle hohen Herrschaften eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten, ergingen sich dort eine Zeitlang auf der Promenade und kehrten dann etwa um 4 Uhr zur Stadt zurück, wo der König noch mit dem Staatsminister v. Auerswald konferirte. Mittags hatte der König auch den Besuch des Prinzen Friedrich Karl empfangen, welcher zuvor in der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses gewesen war. Morgen früh 8 Uhr fährt der König nach Potsdam, besichtigt daselbst die Rekruten des 1. Garderegiments zu Fuß, macht dann der Königin-Wittwe im Schlosse Sanssouci seinen Besuch und kehrt alsdann wieder hierher zurück, um Vorträge entgegenzunehmen. Heute Vormittag war der Prinz-Admiral Adalbert einige Stunden im Schlosse Sanssouci, zugleich mit dem früheren Finanzminister v. Bodelschwingh, welcher vor einigen Tagen von Schloß Heyde in Westfalen hier eingetroffen ist. Es wird behauptet, daß derselbe durch den Telegraphen hierher gerufen worden ist, und zwar soll ihm die Depesche in dem Moment zugegangen sein, als er als Geschworner fungirte. Da Herr v. Bodelschwingh gleich nach seiner Ankunft sich in das Palais des Königs begab, so scheint das Gerücht nicht ohne Grund, daß er, falls Herr v. Patow seine Dimission gegeben hätte, zu seinem Nachfolger ausersehen war. Jetzt ist von einem Ministerwechsel Alles wieder still; vielleicht giebt aber die heutige Abstimmung über das v. Vinckesche Amendement, in welcher das Ministerium eine Niederlage erlitten hat, einem neuen Gerüchte Leben. Einige Sensation machte es im Hause, als auch die beiden Söhne des Kultusministers, die Abgg. Rittergutsbesitzer v. Bethmannn-Hollweg, dem Amendement Vincke zustimmten. Daß auch die Abgeordneten polnischer Nationalität sämmtlich dafür votirten, konnte weiter nicht befremden.

Gestern machte in unserer Stadt das Gerücht die Runde, der Polizeipräsident v. Zedlitz habe in Folge der heftigen Angriffe des Abgeordneten v. Vincke denselben auf Pistolen gefordert. In den Abgeordnetenkreisen weiß man nichts von einer solchen Forderung, und man glaubt auch nicht, daß Herr v. Zedlitz sich veranlaßt fühlen werde, in dieser Weise Genugthuung zu verlangen. Daß es dem Polizeipräsidenten viel Ueberwindung kosten muß, derartige Angriffe, die nun durch die Presse in alle Welt hinausgetragen werden, ruhig hinzunehmen, ist erklärlich. — Der neapolitanische General Graf d'Aragon de Fitou machte heute Mittag den hohen Herrschaften seine Aufwartung. Seither hat derselbe unsere Militäranstalten, das Zeughaus, die neuen Kasernen 2c. in Augenschein genommen. Dasselbe hat auch der holländische General v. Stuers gethan; dieser besuchte gestern die Kriegsakademie und das Kadettenhaus. Im Laufe dieser Woche werden beide Sendboten die Rückreise nach Haag und Gaëta antreten. — Seit einigen Tagen weilt der braunschweigische Finanzdirektor v. Amsberg hier; man bringt seine Anwesenheit mit dem Bau einer Zweigbahn von Kreiensen nach Buke in Verbindung, und höre ich, daß für denselben schon Alles vorbereitet ist und für eine schleunige Ausführung des Baues Sorge getragen werden soll. Man ist es endlich müde, sich immer von Hannover Hindernisse in den Weg legen zu lassen. Müssen doch auch wieder die Kohlentransporte aus Westfalen eingestellt werden, weil Hannover nicht zu bewegen war, den betreffenden Kontrakt am 1. Febr. d. J. zu erneuern. Die westfälische Kohle kann nur mit der englischen in Konkurrenz treten, wenn der bisherige niedrige Tarifsatz beibehalten wird. Die westfälische Kohle wurde im vorigen Jahre stark in Magdeburg und Umgegend gebrannt und auch hiesige Fabriken ließen sich ganze Ladungen kommen. Durch den Bau der Bahn Kreiensen-Buke wird das hannoversche Gebiet umgangen.

— [Zur Amnestie.] Das Berliner Stadtgericht erklärt durch eine weitere Reihe von Bekanntmachungen die gegen den ehemaligen Lieutenant und Schriftsteller Max. Kaas aus Posen wegen Majestätsbeleidigung, Assessor Bucher aus Stolp, Buchhändler Fr. Gerhard aus Danzig, ehemaligen Bürgermeister Plath aus Leba, Handlungsdiener B. Ant. Müller (Lindenmüller) aus Berlin wegen Aufruhrs und gegen den Buchhändler und ehemaligen Re-

dakteur des „Hahn“, Otto Ruppius, im Jahre 1850 und 1851 erlassenen Steckbriefe durch die Amnestieordre für erledigt.

— [Blocus sur le papier und Blokade.] Wie bekannt, ist Dänemark der von den Großmächten auf dem Pariser Kongresse getroffenen Vereinbarung betreffs des Seerechtes beigetreten und kann also nicht mehr wie 1848 ganze Küstenstrecken ohne Weiteres für blokirt erklären, es muß vielmehr, da der blocus sur le papier nicht mehr zulässig ist, vor jedem einzelnen Hafen, den es in Blokadezustand zu erklären beabsichtigt, eine dem Zwecke entsprechende Kriegsmacht stationiren, und es dürfen sich die betreffenden Schiffe, so lange der Blokadezustand überhaupt fortdauern soll, nur auf kurze Zeit der Naturereignisse wegen, nicht aber auf länger oder aus irgend einem anderen Grunde aus ihrer Stellung entfernen, widrigenfalls die Blokade für aufgehoben gilt. Ob die dänische Marine, als deren wichtigste Aufgabe die Unterstützung der militärischen Operationen an den Küsten von Jütland, Schleswig u. s. w. angesehen werden muß, unter diesen Umständen zur Zeit im Stande sein würde, alle deutschen Häfen der Nord- und Ostseeküste zu blokiren, ist, nach dem Bericht des dänischen Marineministers als sehr fraglich anzusehen; denn begreiflicher Weise wird man sich nicht der Gefahr aussetzen, die alten Segelschiffe oder überhaupt Kriegsschiffe, die nicht stark genug sind, um eventuell einen Kampf mit der gegnerischen Macht zu bestehen, bei einer etwaigen Blokade zu verwenden. (N. P. Z.)

Danzig, 6. Febr. [Zur Marine.] Die „D. Z.“ schreibt: „Schon seit einiger Zeit stellt man hier eifrig Vermuthungen über den gegenwärtigen Aufenthalt der „Loreley“ und des Transportschiffes „Ida“ an, welche bekanntlich im Herbst vorigen Jahres nach Neapel abgeschickt wurden, um bei etwa entstehender Gefahr die Interessen unserer Landsleute zu wahren. Seit der bekannten Mission der „Loreley“ nach Messina ist von den beiden Schiffen wenig gehört worden. Man versichert, die „Loreley“ sei gegenwärtig noch vor Konstantinopel; über den Aufenthalt der „Ida“ sind die Meinungen getheilt, doch ist wahrscheinlich, daß sich das letztere Schiff noch vor Neapel befinde. Allein die Miethe für die „Ida“, welche an eine hiesige Privatrhederei gezahlt wird, beträgt monatlich 3800 Thaler. Es wäre wünschenswerth zu erfahren, welcher Zweck mit der Verlängerung dieser Expedition, die so erhebliche Summen kostet, verbunden wird.

Oestreich. Wien, 7. Februar. [Telegr.] Die heutige „Wiener Zeitung“ enthält den Ausweis über die Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1860. Nach demselben betrug die reelle Gesammteinnahme 302,800,000, die Gesammtausgabe 367,600,000 Gulden. Das Gesammtdefizit beträgt also 64,800,000 Gulden, mithin 21,610,000 weniger als im Jahre 1859.

— [Ueber die neuesten Grenzhändel zwischen Türken und Montenegrinern] wird der „Ostd. Post“ aus Zara folgendes Nähere mitgetheilt: „Wie schon bekannt, haben die Montenegriner mit den Türken im laufenden Monat bei Spucz einen Zusammenstoß gehabt, in Folge dessen die Ersteren mit großem Verluste davon heimkehren mußten. Die Veranlassung zu dieser Affaire ist „angeblich“ von den Türken ausgegangen. Dem wird jedoch von sehr glaubwürdiger Seite auf das Bestimmteste widersprochen. Ungeachtet dessen hat die türkische Regierung, in Folge Vermittelung der fremden Konsuln, den Montenegrinern Genugthuung versprochen, welche sie, wie jedes Mal es geschehen, gegeben haben würde, wenn nicht neuerdings dergleichen Konflikte entstanden wären, die durch die Inspiration des französischen Konsuls Hecquard aus Skutari herbeigeführt worden sind. Herr Hecquard, der seit dem Tode des Fürsten Danilo mehr in Cettinje als in Skutari ist, hat die Montenegriner zur Rache für die bei Spucz erlittenen Verluste ermuntert, worauf der Anführer Vukalovic am 24. Jan. mit noch vier Kapitänen in der Suttorina eintraf und die dortige Bevölkerung aufforderte, mit den Montenegrinern gemeinschaftlich gegen die Türken zu kämpfen; er versprach ihnen eine reiche Belohnung von Seiten des Fürsten Niklas und hob hervor, daß sie binnen Kurzem der große Cäsar von ihrer gegenwärtigen Sklaverei befreien werde. Gleichzeitig ließ er an mehrere Caponillas der Suttorina Munition reichlich austheilen. In Folge dessen hielten sämmtliche streitbare Männer Suttorina's eine Berathung, in welcher sich bloß vier Dörfer (etwa 260—300 gut bewaffnete Männer) der ungerechten Sache Montenegro's angeschlossen haben. Die Suttorinaner haben sich mit den Montegrinern an der bosnischen Grenze vereinigt und sind sogleich unter Anführung von vier Kapitänen gegen Niksich gezogen, wo sie bereits seit dem 26. Jan. ihre rachgierige Operation vorgenommen haben, jedoch verlautet bis zur Stunde nicht, daß sie diesen Ort bereits angegriffen hätten. Damit die Suttorinaner nicht gleich kennbar werden, hat ihnen der Vladika Niko montenegrinische Kopfbedeckung gegeben. Die türkische Regierung, von diesen Umtrieben genau unterrichtet, ist auf Alles vorbereitet. Derwisch und Ismail Pascha konzentriren ihre Truppen und erwarten stündlich den Angriff, welcher vielleicht in diesem Momente bereits erfolgt sein kann. Die Bevölkerung Bosniens scheint auch mit den Montenegrinern im besten Einverständnisse zu sein. Wie von einer gut unterrichteten Seite versichert wird, sollen die Montenegriner auf eine sehr große Unterstützung von Seiten der Serben rechnen, welche in der kürzesten Zeit erfolgen sollte. Wie man sagt, hat der Fürst Michael von Serbien durch einen seiner geheimen Agenten ein eigenhändiges Schreiben an den Vladika Niko entsendet, worin er ihm jede mögliche Unterstützung versprochen hat. Die Montenegriner haben sich bei dem Dorfe Tresnjevo, eine Viertelstunde von der östreichischen Grenze, am 30. Januar konzentrirt, ihre Zahl soll 4000—5000 Mann zählen; dieselben sollen in zwei Abtheilungen operiren, und zwar die eine unter Vukalovich, die andere unter dem Vater des gegenwärtigen Vladika. Diese beiden Anführer sind die erbittertsten Feinde der Osmanen. Von Seiten der östreichischen Regierung sind die entsprechenden Maaßregeln getroffen worden und die Grenze gegen Montenegro sowie die gegen die Türkei durch Militär besetzt. Am 30. Januar wurden von Mostar mehrere Kisten mit Munition und Feldkanonen mit der hierzu bestimmten Mannschaft über Klek nach Suttorina gesendet, wo auch an demselben Tage eine türkische Korvette eingetroffen ist. Daß es den Montenegrinern nicht an Munition fehlt, ist sicher; dieselben haben nicht allein von Frankreich, sondern auch von Sardinien mehrere Kisten erhalten, die über Antivari durch Vermittelung mehrerer sardinischer Agenten und hauptsächlich durch Herrn Hecquard befördert wurden; man sagt, daß sie auf mehr als fünf Jahre mit Munition und Waffen reichlich versehen sind. Es sind nicht alle aus der Moldau und Konstantinopel ausgewiesenen östreichischen Emigranten nach Korfu und Sardinien abgegangen; ein großer Theil derselben ist bereits in voriger und im Laufe dieser Woche in Cettinje eingetroffen und vom Vladika Niko und mehreren Senatoren auf das Herzlichste empfangen worden. Hierdurch erklärt sich die Besetzung der östreichischen Grenze, denn diese Leute möchten sicher gern mit den Bochesern kokettiren, es wird dies aber eine vergebliche Mühe sein.“

Pesth, 4. Februar. [Die Parteien.] Der „Ostd. Post“ schreibt man von hier: Außer den beiden einander in diesem Augenblicke in lebhaftem Kampfe gegenüberstehenden Parteien, der altkonservativen und der liberalen, existirt noch eine dritte, die monarchisch-demokratische. Allein eben weil diese Partei bis zu dem gegenwärtigen Augenblicke sich wenig in den Vordergrund gedrängt hat, ist man außerhalb Ungarn kaum im Stande, sich richtige Vorstellungen von ihrem Umfange und ihrer Macht zu machen, obwohl dieselbe die jeder einzelnen anderen Fraktion bei Weitem übertrifft. Außer ihrer eigenen Passivität sind es jedoch noch andere Gründe, welche ein tieferes Eingreifen in den Gang der Ereignisse dieser Partei unmöglich gemacht haben. Die Partei der Liberalen, der „Raschen“, wie man sie jetzt nennt, scheint wenig Lust zu haben, die Prinzipien der monarchisch-demokratischen Partei, welche in den Gesetzen von 1848 ihre Grundlage und Unterstützung finden, zu fördern oder auch nur anzuerkennen. Allerdings wurden eben diese Gesetze von den Liberalen in den Vordergrund geschoben, aber nur um sich des Steuerruders für den Augenblick zu bemächtigen, unter dem schützenden Mantel derselben nach Willkür zu schalten, vor allem Anderen aber in den öffentlichen Angelegenheiten den Ausschluß aller jener Personen zu bewirken, welche ihnen unbequem sind. Die Altkonservativen besitzen ihre gesetzlichen Organe und ihre Presse, sie waren in der Lage, sich gegen dieses Verfahren zu verwahren; an der monarchisch-demokratischen Partei aber ist es, die Widersprüche aufzudecken, welche die „Raschen“, man darf sagen, mit Bewußtsein und Absicht, begehen. Schon bei den Schritten, welche sie vorgenommen, um alle faktische Gewalt an sich zu bringen, sind sie über die Gesetze von 1848 hinausgegangen, ja Entstehung und Existenz der meisten aller der Repräsentanzen und Komitatsorgane, die sie eiligst zu konstituiren bemüht waren, beruht auf grober Verletzung der Gesetze von 1848. Der 16. Art. dieser Gesetze bestimmt bekanntlich, daß die durch freie Wahl einzuberufenden Vertreter des Volkes gleiches Stimmrecht in der Komitatsversammlung beanspruchen dürfen; die Anzahl der Vertreter zu bestimmen, ist durch die Gesetze von 1848 ein der Nation garantirtes Recht. Vergleichen Sie damit die Vorgänge in den Komitaten. Einige Männer der genannten Partei traten zusammen, legten eine Liste, die sie nach Willkür zusammengestellt hatten, vor und ohne Wahl, durch bloße Akklamation einer herbeigezogenen Menge wurden die Ausschüsse zusammengesetzt. In ungefähr gleicher Weise ging die „Wahl“ der Beamten vor sich, nur daß natürlich hier Nepotismus und Unlauterkeit ein noch höheres Spiel trieben. Und das nennt man die Gesetze von 1848 ehren. Wir erwähnen hier alle diese Dinge, um auf die Konsequenzen, welche daraus für die nächste praktische Entwickelung sich ergeben, aufmerksam zu machen. Schon jetzt bilden sich in einzelnen Komitaten durch verwandtschaftliche Bande, gemeinsames Interesse oder dergleichen an einander geknüpfte Koterien, welche sich über die für den nächsten Landtag zu wählenden Deputirten bereits vollständig geeinigt haben. Wie viel sich bei der Durchbringung derselben durch die dieser Partei angehörigen Beamten werde machen lassen, liegt auf der Hand. Eine geringe Anwendung desjenigen, was die Herren Munizipalautonomie nennen, wird hier die erstaunlichsten Erfolge erzielen. Was die überstimmten Parteien zu diesen Schritten sagen werden, ist noch zu erwarten. Wir fürchten, es werde der Ausgangspunkt für neue Verwickelungen werden.

Bayern. München, 5. Februar. [Eine Erklärung Frankreichs.] Der „BHZ.“ wird von hier geschrieben: Die „Don. Ztg.“ hat gut erklären, daß Hr. v. Thouvenel nicht zu erkennen gegeben habe, Frankreich werde aus jeder Verwendung deutscher Bundestruppen für den Fall eines neuen Konflikts zwischen Oestreich und Sardinien für sich die Berechtigung ableiten, für Sardinien Partei zu ergreifen. Allerdings hat Frankreich sich darüber nicht in Wien ausgesprochen; dazu war begreiflich auch kein Anlaß vorhanden. Aber speziell in München und zwar auf Grund der wiederholten Mittheilung, daß zwischen Oestreich und Bayern eine Konvention bestehe, welche Bayern eventuell zur Besetzung und Deckung Tirols verpflichte, hat das französische Kabinet jene Erklärung abgegeben; nicht in einer ganz formellen Weise, weil eine bloße Zeitungsnachricht nicht füglich als Unterlage einer diplomatischen Erörterung benutzt werden kann, aber doch klar und unzweideutig. Daß Bayern eine solche Erklärung für sich behalten und nicht nach Wien mitgetheilt haben sollte, wird die „Donau-Zeitung“ weder glauben noch glauben machen wollen.

Holstein. Rendsburg, 4. Februar. [Ministerielles Rundschreiben an die Polizeibehörden.] Zur Charakteristik der hiesigen Zustände wird die nachstehende Instruktion, welche der Minister Raaslöff unter dem 17. v. M. an die holsteinschen Polizeibehörden erlassen hat, nicht uninteressant sein. Da dies Aktenstück bisher nicht publizirt, und wie es scheint, auch nicht zur Publikation bestimmt ist, so sind wir hier ganz im Stillen und ohne es auch nur ahnen zu dürfen, in eine Art von Belagerungszustand gerathen. Wünschenswerth wäre es, zu erfahren, was der Herr Minister unter „der königlichen Autorität in ihrer ganzen Strenge“ versteht. Auch ist der eigenthümliche Gegensatz zu beachten, welcher nach der Ansicht des Herrn Raaslöff zwischen der „Herrschaft des Gesetzes“ und der „Aufrechterhaltung der königlichen Autorität“ bestehen muß. Das würde fast wie eine Majestätsbeleidigung klingen, wenn es anderswo stände, als in einem ministeriellen Zirkular an die Polizeibehörden. Das bemerkenswerthe Aktenstück lautet:

Das ebenso rücksichtslose wie ungesetzliche Auftreten der holsteinischen Mitglieder des deutschen s. g. „Nationalvereins“, welches zu dem unterm 16. d. M. erlassenen Verbot gegen den gedachten Verein geführt hat, giebt dem Ministerium Veranlassung, den Polizeibehörden im Herzogthum Holstein noch einige fernere Anweisungen für ihr Verhalten unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu ertheilen. Was zuvörderst den „Nationalverein“ betrifft, so wird selbstverständlich, nachdem das Verbot gegen denselben zur öffentlichen Kunde gelangt ist, ein jeder Versuch, durch neue Versammlungen oder durch anderweitige Demonstrationen für denselben thätig zu sein, im Herzogthum Holstein als strafbarer Trotz gegen den Willen Sr. Majestät und als ein Attentat gegen die gesetzliche Ordnung zu betrachten und daher sofort mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken sein. Ueberhaupt aber ist gegen jede politische Demonstration und gegen jede Störung der öffentlichen Ruhe sofort mit größter Entschiedenheit einzuschreiten, und haben sich die Polizeibehörden dabei vor Allem von der Rücksicht leiten zu lassen, daß neben der Herrschaft des Gesetzes und der strikten Observanz der verfassungsmäßigen Zustände die königliche Autorität in ihrer ganzen Strenge aufrecht erhalten werde. Es ist im besonderen Interesse der Unterthanen nicht minder als der Regierung, daß in Holstein unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch der bloße Schein eines ungesetzlichen, agitatorischen Zustandes vermieden werde, und daß das Land den Charakter vollkommener Ruhe und strenger Loyalität, sowie derselbe unzweifelhaft bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung innerlich wurzelt, auch äußerlich bewahre. Sollten die Behörden wider Verhoffen bei der Ausübung ihrer Funktionen in der angegebenen Richtung auf Ungehorsam oder gar auf thätlichen Widerstand stoßen, so haben dieselben, insofern die gewöhnlichen Kräfte nicht ausreichen, sofort militärische Hülfe zu requiriren, wie es denn auch ihrem Ermessen überlassen ist, wenn die Umstände solches rathsam machen, den Beistand der bewaffneten Macht so zeitig in Anspruch zu nehmen, daß etwaigen Ruhestörungen sogleich mit dem gehörigen Nachdruck begegnet werden und dadurch größerem Unheil vorgebeugt werden kann. Königliches Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, den 17. Januar 1861. Raaslöff. Jasper.

Großbritannien und Irland.

London, 4. Februar. [Ueber die preußische Thronrede] bemerkt die „Saturday Review“ unter Anderem: Der König von Preußen habe den Vortheil gehabt, den zahlreichen Erklärungen königlicher Meinung, die Europa bald vernehmen werde, um einige Tage zuvorzukommen. Der König habe keine genaue Belehrung über seine heimische oder auswärtige Politik gegeben, aber die Form seiner neuesten Rede habe die Bedeutsamkeit, die ihrem Inhalte abgehe: er habe den Muth gehabt, eine eindringliche Sprache zu reden. König Wilhelm habe kühn und kräftig zwei Saiten angeschlagen, deren Ton durch ganz Deutschland wiederhallen werde. Er rufe seine Landsleute, wenn nicht zu den Waffen, doch zur Waffenbereitschaft. Aber er fordere die Preußen auf, sich nicht nur für ihren König, sondern für sich selbst zu waffnen. Dem Namen nach rede der König nur Preußen an, aber sein wirkliches Publikum sei ganz Deutschland. Zwei Dinge würden von Preußen verlangt: eine zwar vergleichsweise kleine, aber tüchtige Armee und eine heimische Politik von unverkennbar liberalem Charakter. Der König spreche über beide Punkte gerade heraus; und es werde der Aufmerksamkeit der Deutschen nicht entgehen, daß er seine liberalen Entschlüsse zuerst dem Herrenhause kundgegeben, das bisher so vielen nützlichen Reformen widerstanden habe. Das genannte Blatt geht weiterhin auf die Frage in Betreff der Herzogthümer ein, und wenn es in dieser Beziehung auch kein unbefangenes Urtheil zeigt, so hält es sich doch fern von jeder Animosität gegen die preußische Auffassung jener Angelegenheit und spricht die Hoffnung aus, daß dieselbe in friedlicher Weise werde geordnet werden. Was die italienische Frage betrifft, so erwähnt die „Saturday Review“ der getheilten Meinung, welche darüber in Preußen sich kundgebe, und erklärt sich ihrerseits dafür, daß die preußischen Interessen zu einem guten Verhältniß mit Italien riethen. Zuletzt erwähnt das Blatt auch die Ansprüche, welche die Polen in neuester Zeit wieder erheben, und spricht sich dahin aus, daß jedenfalls die Beschwerden der preußischen Polen, so viel man in West-Europa davon höre, sehr kleinlicher Art seien.

London, 5. Febr. [Tagesnotizen.] Die Königin traf gestern kurz vor 2 Uhr in Buckingham Palace ein. Am Nachmittage war Kour und Geheimrathssitzung. Herr v. Brunnow hatte eine Audienz bei ihrer Majestät und überreichte sein Beglaubigungsschreiben als russischer Botschafter. — Als Hauptarbeiten des Parlaments für die kommende Session bezeichnet die „Times“ die Rechtsreform, namentlich das Konkursgesetz, und die finanziellen Fragen, welchen sie noch eine höhere Bedeutung beimißt. — Am vorigen Dienstag starb, im Alter von 61 Jahren, die durch ihre Schilderungen aus der fashionablen Gesellschaft bekannte Novellistin Mrs. Gore. Die Verstorbene war eine sehr fruchtbare Schriftstellerin, indem nicht weniger als 60 — 70 Werke, die im Ganzen nahe an 200 Bände umfassen, von ihr herrühren. — Die „Times“ und „Daily News“ finden Napoleons Rede unbefriedigend und zweideutig. Die „M. Post“, der „M. Herald“ und das „M. Chronicle“ urtheilen weniger ungünstig.

London, 6. Febr. [Telegr.] In der heutigen Sitzung des Unterhauses vertheidigte Lord John Russell seine Italien betreffende Depesche vom 27. Oktober und sagte, daß eine europäische Konferenz über die Rückkehr der französischen Truppen aus Syrien beschließen werde. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 26. v. Mts. wurde das Arsenal von Georgia den Truppen der Union übergeben. Zu Charleston war die Bevölkerung mit der Haltung des dortigen Gouvernements unzufrieden und wollte Fort Sumter angreifen. Präsident Buchanan hat diesem Fort, sowie nach Fort Pickens Verstärkungen gesandt. Louisiana hat die Union verlassen.

Frankreich.

□ Paris, 5. Febr. [Die Thronrede; Prozeß Patterson; der Kaiser und Guizot; der gesetzgebende Körper.] Der Telegraph wird Ihnen die Rede des Kaisers mitgetheilt haben (s. Telegr. in Nr. 30). Dieselbe ist in dem Sinne gehalten, wie ich es Ihnen als wahrscheinlich bezeichnete: hauptsächliche Betonung der parlamentarischen Neuerungen, und Versicherung, daß der Friede der angelegentlichste Wunsch des Kaisers sei, verbunden mit der Ermahnung, Vertrauen in die Kraft einer einigen Nation von 40 Millionen zu haben. Manchem der anwesenden Diplomaten schlug vielleicht das Herz ein wenig schneller, als der Kaiser in der Versammlung erschien. Sie erinnerten sich, daß noch kein Jahr vergangen, in welchem die kaiserliche Politik nicht Europa mit einer Ueberraschung erfreut hatte; und mancher fand die Rede nichtssagend und leer, weil sie nach dem Muster der sonst überall gebräuchlichen Thronreden zugeschnitten war. Und dennoch hat die gestrige Rede ihre entschiedene Bedeutung, insofern sie der klare Ausdruck des kaiserlichen Willens ist. Es wäre Thorheit, wollte man den Gedanken hegen, daß Napoleon III. den Krieg wünscht, einen Krieg, dessen schließliches Resultat jedenfalls den eigenen Thron in Frage stellen würde, möge der Anfang sein, welcher er wolle; es ist ihm im Gegentheil augenblicklich viel an der Erhaltung des Friedens gelegen, allein seine Rede läßt deutlich erkennen, daß er nicht daran glaubt. Der Schluß derselben ist unverkennbar gegen Preußen und die Reden König Wilhelms I. gerichtet, und es wird in der Presse nicht an Beifallklatschern fehlen, welche leicht vergessen, daß der Kaiser des zentralisirten Frankreich ruhiger den Ereignissen entgegensehen kann, als der Fürst eines Staates, welcher für die Integrität Deutschlands haftet, während er doch kaum die kleinere Hälfte desselben beherrscht. Vielleicht birgt sich hinter jenen Worten auch ein Angriff auf die englischen Befürchtungen; wenigstens fühlten sich einige der anwesenden Söhne Albions verletzt, die vielleicht eine feinere Haut besaßen, als sonst jene Inselbewohner pflegen. Bei seinem Eintritt wurde der Kaiser sehr kalt empfangen; auch während des Vortrags der Rede blieb die Versammlung theilnahmlos; als jedoch Napoleon das „edle Benehmen Franz II. in Gaëta“ erwähnte, brach ein wahrer Sturm des Beifalls los, der sich in drei langanhaltenden Bravos Luft machte, zum großen Mißfallen des Prinzen Napoleon, welcher seine buschigen Augenbrauen gewaltig zusammenzog. Der militärische Theil der Versammlung war es vorzugsweise, der diese Sympathie für die Sache Franz II. bekundete. Abgesehen von politischen Gründen, findet das sehr einfach seine Erklärung darin, daß die piemontesische Armee keineswegs beliebt bei den französischen Truppen (weder bei Offizieren noch Soldaten) ist. Die große Anmaaßung und eine verletzende Großthuerei der Italiener hatte die Franzosen bereits im Jahre 1859 gekränkt, und sie sehen mit desto größerem Wohlgefallen die verschiedenen Schlappen, welche denselben die Neapolitaner beibrachten, vorzugsweise aber legen sie eine unverhohlene Vorliebe für das muthige Benehmen des neapolitanischen Königs an den Tag. In diplomatischen Kreisen will man wissen,

daß die Kaiserin diesem Theil der kaiserlichen Rede nicht fremd gewesen ist; jedenfalls verrieth sie, als jene Worte von Napoleon gesprochen wurden, eine außerordentliche Bewegung, von der sie sich nach dem Schluß der Verhandlung noch nicht erholt hatte; sie war so ergriffen, daß sie den Arm des Herzogs Tascher nahm, ihres Kammerherrn, welcher sie hinausführte. Vielfach hat man sich über die oberflächliche Erwähnung gewundert, welche dem Papste zu Theil geworden ist. Die Stellung des Kaisers zu dem Oberhaupte der katholischen Kirche, der Kampf, welchen die Regierung gegen die höhere Geistlichkeit geführt, bot Gelegenheit genug, diesen Punkt zu berühren. In der ersten Absicht des Kaisers soll es gelegen haben, mit einigen scharfen Worten über die Undankbarkeit Pius IX. sich auszusprechen. Indessen ist auch dies Schweigen wohl beredt genug. Selbstverständlich war es, daß der syrischen Expedition nur obenhin gedacht wurde; der Augenblick ist noch nicht gekommen, in welchem man uns sagen wird, welche Absichten den Kaiser hierbei geleitet haben.

Der erste Theil der Rede war entschieden das Hauptstück derselben; indessen ist der Beweis, daß die jetzige Organisation des Staates eine freiere als unter der Julidynastie sei, keineswegs gelungen. Es fehlt den Befugnissen des „gesetzgebenden Körpers" noch Manches, was ihm durch Louis Philipp eingeräumt war, und was die wirkliche Bethätigung der Nation an der Verwaltung des Staates erst zur Folge haben kann. Für die Machtvollkommenheit desselben ist die Stelle bezeichnend, in welcher der Kaiser die Zurückweisung der Gesetzvorlagen ein „Avertissement" nennt, einen Rath, den die Regierung befolgen oder unbeachtet lassen kann, je nach ihrem Belieben, „denn dieses Verwerfen erschüttert nicht die Macht, hält den Gang der Angelegenheiten nicht zurück". Von Bedeutung ist die Veröffentlichung der diplomatischen Aktenstücke, nach Analogie der bekannten englischen blue-books; indessen darf man nicht außer Acht lassen, daß ausdrücklich nur die wichtigsten der Kammer vorgelegt werden, es daher vollständig in dem Belieben des Kaisers steht, mit welchen Depeschen er seine Politik kommentiren will, denn nach der französischen Verfassung ist er allein, und nicht seine Minister, dem Lande verantwortlich, während in England die Stellung des gesammten Ministeriums jedem einzelnen Mitgliede zur Pflicht macht, schon der eigenen Sicherheit wegen, darauf zu sehen, daß die volle Wahrheit ans Licht kömmt. Es ist dies ein deutlicher Beweis, wie man mit der Freiheit und der öffentlichen Meinung hier ein lächerliches Spiel treibt. Die Presse spricht sich bis jetzt sehr befriedigt über die Rede aus, und sieht stellenweise sogar in derselben eine weitere Ausdehnung der liberalen Konzessionen vom 24. November; wenn man nicht eben dies absichtlich herauslesen will, so gehören in der That vortreffliche Augen dazu, das darin zu erkennen. Amüsant ist die „Rührung", mit welcher Herr Havin, der politische „Direktor" des „Siècle", den letzten Theil der Rede vernommen. In seiner Rührung hält er die preußische Königskrone für den Kurhut von Brandenburg, und vergißt ganz, daß diese Krone, welche „dem Markgrafen von Brandenburg" unter Ludwig XV. vom Haupte gerissen werden sollte, und vor der Schlacht bei Leipzig von Napoleon I. einem bayrischen Prinzen als Lohn versprochen wurde, trotz aller Angriffe und Drohungen Frankreichs dem Hause der Hohenzollern erhalten worden ist.

Wie ich Ihnen bereits in meinem letzten Briefe als wahrscheinlich bezeichnete, ist der bonapartesche Familienprozeß am Freitag nicht zu Ende geführt worden. Es waren abermals die Anwälte der beiden Parteien, welche das Wort führten; für die Rede des kaiserlichen Advokaten ist ein neuer Termin auf den nächsten Freitag anberaumt. Der Inhalt beider Reden bot wenig Neues, abgesehen von einigen durch die frühere Verhandlung veranlaßten Schreiben, welche sich bemühten, einige erläuternde Nachrichten zu geben. So vor Allem der Brief eines hier lebenden Amerikaners, der sich dem Prinzen Napoleon zur Disposition stellte, um zu erklären, daß in den Augen seines Vaters, eines amerikanischen Juristen, wie aller zur Zeit der Heirath lebenden Rechtsverständigen in den Vereinigten Staaten, die Ehe zwischen Jerome Napoleon und Elisabeth Patterson keine gültige gewesen sei. — Am Sonntag hat der Kaiser den Pater Lacordaire empfangen, welcher ihm von Guizot und Laprade, den Regeln der Akademie zufolge vorgestellt wurde. Die Begrüßung war kurz und steif. Er begrüßte Guizot mit den Worten: „Ich achte das Talent, auch wenn es mir feindlich ist". — Heute Nachmittag fand die erste Sitzung des gesetzgebenden Körpers statt. Graf Morny hielt eine Rede über die Ideen, welche den Kaiser zu jenen Konzessionen bewegt hätten; derselbe habe eingesehen, daß die Öffentlichkeit der Verhandlungen durchaus nothwendig sei. Er hoffe, daß diese liberalen Reformen durchaus die Vereinigung der Parteien herbeiführen und die politische Freiheit mit der Ordnung und Sicherheit in Frankreich festen Fuß fassen werde.

Paris, 4. Februar. [Die Thronrede.] Der „Preußischen Zeitung" wird von hier geschrieben: „Die französische Thronrede ist weit merkwürdiger in Bezug auf das, was sie nicht enthält, als in Bezug auf ihren eigentlichen Inhalt. Sie hält sich ganz allgemein und behandelt keine einzige der schwebenden Fragen: auf Venetien wird nicht im entferntesten angespielt; von Rom und Neapel ist nur äußerlich die Rede. Eine Andeutung, auf welche Weise die in Italien schwebenden Fragen gelöst werden könnten, ist nirgends gegeben, und wenn wir die erneuerte Versicherung, daß Frankreich das Prinzip der Nichtintervention aufrecht erhalten will, jener Lücke gegenüberstellen, so scheint die Lösung, wie Frankreich sie meint, eben die zu sein, daß Piemont vollständig Herr bleibt in Italien, zu thun was es will. Man hatte hier im Gegentheil einen scharfen Tadel gegen die maaßlose Annexionspolitik Piemonts erwartet; dieser Tadel ist nicht allein nicht vorhanden, sondern indem hervorgehoben wird, daß das Prinzip der Nichtintervention jedes Volk Herr im eigenen Lande läßt, scheint die Politik Piemonts wenigstens theoretisch gerechtfertigt zu werden. Was übrigens, beiläufig gesagt, das an sich unter Umständen sehr berechtigte Prinzip der Nichtintervention anbetrifft, so ist Frankreich der italienischen Angelegenheit gegenüber weit weniger als z. B. England berechtigt, es aufzustellen. Abgesehen davon, daß die ganze italienische Revolution durch eine Intervention Frankreichs möglich geworden ist, hat letzteres durch die Verträge von Villafranca und Züirch dem andern Paziszenten einen ganz bestimmten politischen Zustand, wenn auch nicht in unmittelbare, doch in mittelbare Aussicht gestellt. Alle seit diesen Verträgen zu Stande gekommenen Ereignisse haben an der Verwirklichung des entgegengesetztesten Zustandes gearbeitet, und da es selbst als Intervention betrachtet wird, wenn die Macht intervenirt, welche findet, daß die Bedingungen, unter denen sie Frieden geschlossen hat, nicht erfüllt worden sind, so wäre wenigstens auf Seiten Frankreichs die moralische Verpflichtung desto größer, Piemont Halt zu gebieten. Der Punkt, über den man namentlich beruhigt zu sein wünschte, war der, ob im Frühjahr ein neuer Krieg in Italien ausbrechen wird, oder nicht. Dieser Punkt ist ganz mit Stillschweigen übergangen worden. So sehr die politische Welt nun aber auch finden mag, daß Piemont mit dem Geiste dieser Thronrede zufrieden sein könnte, so wenig glaubt man hier selbst, daß es damit zufrieden sein wird. Die Piemontesen hätten eine ausdrückliche Vertheidigung der italienischen Einheit gewünscht, die hier allerdings fehlt. Frankreich hat sich bemüht, Einsicht in die piemontesische Thronrede zu erhalten und sie so in Einklang mit der seinigen zu bringen; aber ich glaube früher schon mitgetheilt zu haben, daß dies an den Weigerungen Cavours scheiterte. So dürfte die Reise des Prinzen Napoleon, die bis nach der Eröffnung der französischen Session verschoben worden ist, geeignet sein, dem Turiner Hof die etwaige Unzufriedenheit mit dieser Rede wieder zu benehmen. Auf die anderweitigen Mittheilungen an die beiden Staatskörper und besonders auf die diplomatischen Aktenstücke darf man mit Recht gespannt sein. Das bereits vielfach anerkannte Talent des Herrn Thouvenel in der Redaktion der politischen Depeschen wird sich gewiß auch in diesen Aktenstücken glänzend bewähren, und ebenso steht zu erwarten, daß Frankreich in seiner offiziellen Politik, sowohl in Bezug auf Rom wie auf Neapel, äußerst moderirt und konservativ aufgetreten ist. Die Frage ist nun die, ob es nicht im Widerspruche mit dem auch in der Thronrede bestätigten Einfluß Frankreichs steht, wenn die Ereignisse trotz dieses offiziell-konservativen Druckes auf Piemont die entgegengesetzten Formen angenommen haben." — Der „BHZ." schreibt man: „Die Kritik der Journale über die Thronrede tritt bis zu diesem Augenblick noch mit Zurückhaltung auf, viele konnten sich noch nicht äußern, denn vor 3 Uhr hatte Niemand den authentischen Text. Der Pariser bedarf jedoch des Mediums der Journale nicht, er wartet nicht auf ihre Inspiration, sein instinktives Urtheil ist rasch gesprochen. So weit ich in der Lage gewesen bin, Stimmen zu vernehmen, lobt man an der Rede die Mäßigung, ja noch mehr als sie, das Bestreben, Mäßigung zu zeigen. Dieses Bemühen des Kaisers, Frankreich die Rolle des unverdient Herausgeforderten zuzutheilen, wird von Vielen allerdings als ein beängstigender Umstand hervorgehoben. Darin sind Alle einig, daß die Rede auf die Frage, was die nächste Zukunft für den Weltfrieden bringen werde, keine Antwort giebt. Die Hinweisung auf Solche, die die Forderung stellen, Frankreich solle sich an die Spitze einer allgemeinen Reaktion stellen, ist von Allem, was die Rede enthält, am meisten aufgefallen, ihre Deutung ist die schwierigste. Wer hat an Frankreich diese Forderung gestellt? England wohl nicht, Preußen und Sardinien eben so wenig. Also Oestreich? oder Rußland? Man hat viele Fragen in Bezug auf diese Andeutung der Thronrede, aber bis jetzt hat man sich die Antwort noch schuldig bleiben müssen."

— [Steigerung des französischen Budgets.] Ein Artikel von Kasimir Perrier „Ueber die Finanzen des Kaiserreichs" im letzten Hefte der „Revue des Deux-Mondes" enthält die detaillirtesten und belehrendsten Nachweisungen, die lebhafte Sensation machen. Es heißt darin z. B.: „Das Budget, wie die Schuld, hat eine rasche Steigerung erfahren; das definitive Reglement der ordentlichen Ausgaben war für 1847 1 Milliarde 452 Millionen, für 1852 1 Milliarde 456 Millionen; die Voraussehungen des Budgets für 1861 bringen die ordentlichen Ausgaben auf 1 Milliarde 808 Millionen, eine Summe, die sicher stark unter derjenigen des definitiven Reglements sein wird. Es ist viel, in acht Jahren von 1 Milliarde 456 Millionen auf 1 Milliarde 808 Millionen zu kommen, was eine Vermehrung von 352 Millionen abgiebt. In den 17 von 1831 bis 1847 abgelaufenen Jahren ist das Budget von 1 Milliarde 219 Millionen auf 1 Milliarde 452 Millionen gestiegen, was nur 233 Millionen Vermehrung ergiebt. Ich füge hinzu, daß in den sieben Jahren von 52 bis 59 für außerordentliche öffentliche Arbeiten nur 508 Millionen verausgabt worden sind, während die sieben letzten Budgets der Julimonarchie 958 Millionen dazu verwendet haben, was durchschnittlich jährlich 85 Millionen mehr ausmacht. Ein Budget, welches das von 1852 um 352 Millionen übersteigt, außerdem 84 Millionen perpetueller Renten zu der öffentlichen Schuld gefügt, ihr Nominalkapital auf über 9 Milliarden bringend, das ist das Ergebniß der Vermehrung der Staatslasten seit 8 Jahren. Unmöglich ist es daher, ohne Bedauern an den Grad von Wohlfahrt zu denken, den Frankreich unter einer sparsamern und zurückhaltendern Verwaltung hätte erreichen können."

Paris, 6. Febr. [Telegr.] Heute legte Herr Baroche auf das Büreau des gesetzgebenden Körpers das die Lage betreffende Schriftstück der Regierung, so wie die wichtigsten auf die Einverleibung Mittel-Italiens in Sardinien, auf Savoyen und Nizza, auf Rom, Süd-Italien, die Zusammenkunft von Warschau, so wie auf Syrien und China bezüglichen diplomatischen Aktenstücke nieder. Ferner wurde der Budgetentwurf für 1861 vorgelegt.

Paris, 7. Februar. [Telegr.] Der heutige „Moniteur" meldet, daß am 2. d. der Vertrag unterzeichnet worden sei, durch welchen die im Fürstenthum Monaco gelegenen Städte Mentone und Roquebrune an Frankreich abgetreten werden.

Niederlande.

Rotterdam, 4. Febr. [Eisbrechung.] Man hat den Versuch gemacht, mit einem starken Dampfboote unter Aufsicht eines Wasserbauingenieurs von hier aus aufwärts zu fahren, um in der Richtung des Leks das Eis zu brechen. Schon auf der Höhe von Ysselmonde begegnete man einem starken Eisdamme, welcher quer im Flusse lag. Einundzwanzigmal dampfte man mit voller Kraft dagegen an und gewann jedesmal so viel, daß man den Damm bis auf 5 Ellen durchbrach. Trotz der Schadhaftigkeit, welche das Boot inzwischen erlitten hatte, arbeitete man tapfer weiter, als mit dem vierundzwanzigsten Anprall der Damm ganz durchbrochen war. Jetzt aber mußte man nach Rotterdam zurückkehren, um den Schaden auszubessern. Man will den Versuch wiederholen und den Lek zu erreichen suchen. (K. Z.)

Italien.

Turin, 2. Febr. [Die Parlamentssession.] Die hiesigen Blätter haben eine Turiner Korrespondenz aus dem „Constitutionnel" mit einigem Vorbehalten reproduzirt, in welcher gesagt wird, daß die Parlamentssession nur kurz sein werde und das Ministerium auf folgende Vorlagen sich beschränken soll: „Anleihe von 300 Millionen, Annahme des Titels König von Italien, Einberufung der Militärreserven und Verleihung legislativer Vollmachten an die Regierung." Dies wäre in der That das Programm des Ministeriums im Falle einer bevorstehenden Kriegsgefahr; da diese aber für den Augenblick beseitigt ist, so wird auch das Parlament über keine Ausnahmemaaßregeln zu berathen haben, und daher der letzte Punkt jenes Programms wegfallen, dagegen alle diejenigen legislativen Vorschläge eingebracht werden, welche die Regierung vorbereitet hat und welche die Thätigkeit der beiden Kammern auf längere Zeit in Anspruch nehmen dürften. Namentlich ist man im Ministerium mit der Bildung des Voranschlages für das laufende Jahr beschäftigt, wobei für die alten Provinzen und für die Lombardei, Emilia und Toscana ein einziges Gesammtbudget entworfen wird, dagegen für die Marken und Umbrien, sowie für Neapel und Sicilien abgesonderte Rechnungen vorgelegt werden sollen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die Finanzangelegenheiten dieser letzteren Theile Italiens in der jetzigen Session zur Diskussion kommen werden, da man zunächst aus dem Chaos der neapolitanischen und sicilischen Finanzen eine leidliche Ordnung herstellen muß, was den Statthalterschaften zu Neapel und Palermo wohl noch viel Zeit und Mühe kosten wird. (N. Z.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Die „Patrie" meldet, daß die Osteria, in welcher eine Anzahl Freiwilliger des Obersten Masi von den päpstlichen Zuaven angegriffen und gefangen genommen wurden, zu dem Erbgute Petri gehört. Die italienischen Freiwilligen seien häufig bis nach Monte Rotondo, 16 Kilometer von Rom, und bis in das Weichbild von Rom gekommen. — „Patrie" und „Pays" melden, daß General Goyon, um weiterem Zusammentreffen zwischen Piemontesen und Päpstlichen vorzubeugen, den Paß von Correse durch französische Truppen habe besetzen lassen.

Der Stand der Dinge auf dem italienischen Kriegsschauplatze zeigt noch wenig Veränderung. Gaëta hält sich noch immer, doch verhält es sich passiver als bisher, und während in den Abruzzen die Ruhe ziemlich hergestellt ist, bringt die offizielle „Gazzetta di Verona" neue Aufrufe des Königs Franz an die Bauern in den Abruzzen und die Bewohner von Sicilien, denen er eine Verfassung auf der breiten Basis der Konstitution von 1812 verheißt, wenn sie sich den Bourbonen wieder unterwerfen wollen. (S. unten). Nach Privatbriefen des „Moniteur" aus Rom hatte das Gefecht in Banco, welches Sonnaz den Bourbonisten lieferte, in so fern eine größere Bedeutung, als die Italiener zum Rückzuge gezwungen wurden, da die Gegner sich im Dorfe gut verschanzt hatten; diese aber konnten ihren Vortheil nicht benutzen, weil die Abruzzenstraßen ihnen geschlossen waren, und ergaben sich daher den römischen Behörden, von denen sie entwaffnet und internirt wurden. Diese Wendung klingt etwas wunderbar; doch wie dem auch sein möge, so viel steht fest, die italienischen Streifkorps entwickeln jetzt eine große Energie und Schlagfertigkeit, und die „Indépendance" erklärt sogar, sie wisse aus „sehr guter Quelle", daß der Aufstand vollständig unterdrückt sei. Was aber die Proklamationen des Königs Franz anbetrifft, so kann die „Indépendance" unmöglich an deren Echtheit glauben; diese Sprache sei nicht die der Kanzleien, und man sehe auch nicht recht ein, welcher Zusammenhang zwischen dem Koloß von Rhodus und der Verfassung von 1812 bestehe. Die betreffende Stelle lautet, wie folgt: „Sicilianer! Der junge König beider Sicilien ward das Opfer treuloser Ratschläge; er war umgeben von Verräthern; er leistet wie ein Heros in Gaëta Widerstand; mit Einem Fuße in dieser Stadt, mit dem anderen in der Zitadelle von Messina, ist er militärisch und politisch wie der Koloß von Rhodus, unter welchem jene auswärtige Diplomatie hindurchgeht, die der Tatarei würdig ist". Wir müssen gestehen, auch wir würden Aktenstücke, die so ungeschickt abgefaßt sind, für unecht halten, wenn die „Gazzetta di Verona" und der „Moniteur Universel" nicht daran glaubten. Daß Franz II. die auswärtige Diplomatie durch seine Minister für der „Tatarei würdig", also für chinesische Mandarinen, die zur Verbannung in die Verbrecherkolonien der Tatarei reif sind, erklärt und sich als Koloß von Rhodus hinstellt, geht denn doch über alle Gedenkbarkeit. Auch die „Wiener Zeitung" giebt eine, jedoch sehr kurze, Analyse der Ansprache an die Sicilianer, der Text selbst aber scheint denn doch auch ihr zu stark gewesen zu sein.

Das „Giornale di Verona" theilt das nachstehende, angeblich ihm direkt aus Gaëta zugekommene „Statut für Sicilien 1861" mit. In der einleitenden Ansprache an die Sicilianer wird darauf hingewiesen, wie der König trotz des schändlichen an ihn begangenen Verrathes heldenmüthig in Gaëta und Messina Widerstand leiste, wie man unter dem Trugbild der italienischen Einheit Sicilien um seine nationale Autonomie gebracht habe. Sicilien möge sich ermannen und zu der rechtmäßigen Dynastie zurückkehren; der König wende sich mit väterlichem Herzen an die Nation und verleihe das Statut von 1812, das alle Interessen garantire. Die zehn Artikel des Statuts lauten: 1) Die Konstitution von 1812 wird wieder in Kraft gesetzt, abgesehen von den Modifikationen, die im Einvernehmen mit dem Parlament behufs der Vereinigung der beiden Kronen auf dem Haupte eines einzigen Fürsten, den Zeitumständen angemessen, für nothwendig erachtet werden sollten. 2) Es wird vollständige Amnestie und gänzliches Vergessen aller früheren Ereignisse mit der ausdrücklichen Zusicherung veröffentlicht werden, daß die Männer aller früheren Parteien zu den öffentlichen Aemtern zugelassen werden sollen, falls sie nur wahrhaft freimüthig und loyal zur erblichen Monarchie stehen und die nöthigen Erfordernisse der Moralität und Befähigung besitzen. 3) Die vollständige administrative und finanzielle Unabhänigkeit der beiden unter einem König mit getrennten Parlamenten vereinigten Sicilien wird im Prinzip angenommen. 4) Die Repräsentanz nach außen ist für beide Staaten gemeinsam; in Anbetracht, daß nur ein König regiert und das Interesse der Völker ein gemeinsames ist, kann auch nur eine Repräsentanz nach außen und nur ein Ministerium des Aeußern bestehen. 5) Da das Recht über Frieden und Krieg dem Könige zusteht und die Vertheidigung der Gebiete beider Sicilien Einheit der Leitung und der Vollstreckung erheischt, so kann auch im Hinblick auf die topographische Gestaltung beider Länder nur eine einheitliche Armee und Flotte bestehen, weshalb die Minister des Krieges und der Marine gemeinsam für beide Sicilien sein müssen. 6) Dasselbe gilt von Allem, was sich auf die Person des Königs und die königliche Familie, auf die Ritterorden und die Staatskanzlei, auf das Archiv und die Veröffentlichung der Gesetze und andere zu den untheilbaren Prärogativen der Souveränetät gehörige Akte bezieht. 7) Sicilien wird zu den Ausgaben, die zu den Rubriken unter 4, 5 und 6 gehören, im Verhältniß von 1/4 : 3/4 beitragen. Nichtsdestoweniger erheischt die Dringlichkeit des staatlichen Wiederaufbaues und der Bildung einer Armee, und der Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage Italiens, daß Sicilien

für jetzt und bis zum Zusammentritte des Parlaments den Unterhalt für 40,000 Mann zu bestreiten haben wird; diese Armee soll aus Freiwilligen, angeworbenen und fremden Miethtruppen bestehen, damit der Insel, abgesehen von den Bestimmungen, welche das Parlament künftig hinsichtlich der Rekrutirung treffen könnte, die Last der Militärstellung erleichtert werde. Die erwähnte Geldquote ist für dieses eine Mal und, wie wiederholt bemerkt wird, bis zum Zusammentritt des Parlaments und seiner Bestimmungen auf 600,000 Unzen, möglichenfalls auch auf weniger festgesetzt. 8) Die sicilianischen Minister, den Ministerpräsidenten mit inbegriffen, werden von denen des Kontinents gänzlich unabhängig sein. 9) Der König wird drei bis vier Monate jährlich auf der Insel residiren; diese Zeitbestimmung steht im Verhältniß zur Bevölkerung und Zahl der Provinzen beider Staaten. 10) Während der Zwischenzeit wird der König einen Prinzen aus seiner Familie oder einen ausgezeichneten Sicilianer als Vizekönig bestimmen, dessen Vollmachten der Amtsdauer angemessen sein werden. Gaëta, 15. Januar 1861. Franz II. m. p. Gesehen, der Ministerpräsident Casella.

Nach einer Turiner Depesche vom 6. Febr. haben die piemontesischen Batterien am 4. und 5. d. zwei Pulvermagazine in Gaëta in die Luft gesprengt. Von den Belagerten wird das Feuer fortdauernd langsam erwidert.

Wie ein neapolitanischer Korrespondent berichtet, sind unter den Vertheidigern von Gaëta zwar auch noch Neapolitaner, der Kern der Vertheidiger aber sind Ausländer, namentlich das Offizierkorps, französische Legitimisten, Schweizer, Deutsche und Belgier; der Kampf ist daher eigentlich ein Kampf zwischen Nicht-Italienern und Italienern, und es wird daher im Falle eines Sturmes zu harten Kämpfen kommen.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Febr. [Vermehrung der Marineoffiziere.] Am vergangenen Donnerstag empfing der Marineminister, Kontreadmiral Steen-Bille, diejenigen Kauffahrteioffiziere, welche sich um die offerirten Anstellungen als Monatslieutenants auf der Kriegsflotte beworben hatten. Se. Exz. dankte den etwa 100 Anwesenden für die durch ihre Meldung und Anwesenheit bekundete Vaterlandsliebe und eröffnete den Versammelten darauf die zu beobachtenden Bedingungen, welche bestehen: 1) in einer mehrwöchentlichen Ausbildung auf der See-Artillerie-Exerzierschule ohne Entschädigung, und 2) in einer darauf folgenden, gleichfalls gagenlosen Wartezeit so lange, bis der eventuelle Krieg die Verwendung der Ausgebildeten erfordern dürfte. Diese Bedingungen haben eine allgemeine Mißstimmung erzeugt.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Aus dem dem Herrenhause vorgelegten **Eherechts-Gesetzentwurfe** lauten die Hauptparagraphen: §. 1. Die Trauung durch den Geistlichen einer der Kirchengemeinschaften, die zur Führung eines mit öffentlichem Glauben versehenen Kirchenbuches berechtigt sind, begründet die bürgerliche Rechtsgültigkeit einer Ehe. §. 2. Außerdem kann die bürgerliche Rechtsgültigkeit einer Ehe nur durch eine Erklärung vor dem Richter begründet werden, nach näherer Bestimmung des folgenden Abschnitts. §. 3. Der ehelichen Verbindung muß ein Aufgebot vorangehen. Dasselbe ist bei dem Richter des Ortes, an welchem die Braut wohnt, und wenn dieselbe im Auslande wohnt, bei dem Richter des Ortes, an welchem der Bräutigam wohnt, in Antrag zu bringen und, wenn die zur bürgerlichen Rechtsgültigkeit der Ehe nothwendigen Erfordernisse vorhanden sind, von ihm zu veranlassen. Das Aufgebot erfolgt durch eine während 14 Tage auszuhängende Bekanntmachung der beabsichtigten Eheschließung. §. 9. Die Eheschließung vor dem Richter erfolgt, indem die in Person anwesenden Brautleute auf die in Gegenwart zweier großjähriger und männlicher Zeugen an sie gerichtete Frage: „ob sie sich fortan als zu einer wahren Ehe verbunden erklären und die damit verknüpften Pflichten getreulich zu erfüllen geloben?" mit: Ja! antworten. Diese Erklärung kann vom Richter nicht eher entgegengenommen werden, als bis er sich die Ueberzeugung verschafft hat, daß die zur bürgerlichen Rechtsgültigkeit der Ehe nothwendigen Erfordernisse vorhanden sind. §. 10. Der Richter hat unter Zuziehung eines vereideten Protokollführers über die erfolgte Eheschließung eine Verhandlung aufzunehmen. Dieselbe ist von dem Richter, der das Aufgebot veranlaßt hat, oder wenn die Brautleute in verschiedenen Gerichts-Bezirken wohnen, von dem einen oder dem anderen der beiden Richter, nach Wahl der Brautleute, aufzunehmen. §. 11. Die bürgerliche Rechtsgültigkeit der Ehe beginnt mit dem Zeitpunkte der vor dem Richter abgegebenen Erklärung (§. 9.). §. 12. Der Eheschließung vor dem Richter kann die kirchliche Trauung jederzeit nachfolgen. In einem solchen Falle hat der betreffende Geistliche nicht zu prüfen, ob der kirchlichen Trauung bürgerliche Ehehindernisse entgegenstehen. §. 13. Die Bestimmung des §. 12 findet auch auf diejenigen Personen, die nicht zu einer der im §. 1 erwähnten Kirchengemeinschaften gehören, dahin Anwendung, daß diejenige Handlung, welche nach dem Gebrauche ihrer Religionsgemeinschaft zum Abschluß der ehelichen Verbindung gehört, der Eheschließung vor dem Richter nachfolgen kann. §. 16. Die Ehehindernisse wegen Ungleichheit des Standes sind aufgehoben und alle entgegenstehenden allgemeinen und provinzialrechtlichen Vorschriften außer Kraft gesetzt. §. 18. Folgende bisher zugelassene Ehescheidungsgründe werden hiermit aufgehoben: 1) gegenseitige Einwilligung (§. 716 Th. II. Tit. 1 des Allg. Landrechts); 2) heftiger und tief eingewurzelter Widerwille (§§. 718a und 718b ebendaselbst); 3) bloß verdächtiger Umgang gegen richterlichen Befehl (§§. 674—676 a. a. O.); 4) Versagung der ehelichen Pflicht (§§. 694 und 695 a. a. O.); 5) Unvermögen und körperliche Gebrechen, welche erst während der Ehe entstanden sind (§§. 696 und 697 a. a. O.). Der §. 687 Th. II. Tit. 1 des Allg. Landrechts tritt außer Kraft.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 6. Februar. [10. Sitzung.] Auch heute sind die Tribünen gefüllt. In der Hofloge erscheint der Prinz Friedrich Karl, in der Diplomatenloge fehlt wohl keine Legation, durch einen Sekretär ist sie mindestens vertreten. Am Ministertische ist das gesammte Ministerium. In der Spezialdiskussion über den Adreßentwurf wird das zum 5. Alinea von dem Abg. Blanckenburg gestellte Amendement verworfen, das Alinea selbst nach dem Entwurfe ohne Diskussion fast einstimmig angenommen; für das Amendement erheben sich nur 5—6 Abgeordnete. Das 6. und 7. Alinea sind angenommen. Zum 8. Alinea (erhöhte Thätigkeit der Gesetzgebung) nimmt das Wort der Justizminister v. Bernuth: Die Regierung hat keinen Anlaß, den in diesem Alinea kundgegebenen Wünschen entgegenzutreten, und es ist nur meine Absicht, in wenigen Worten den Standpunkt der Regierung darzulegen. In diesem Alinea ist zuerst der Wunsch nach einer erhöhten Thätigkeit der Gesetzgebung behufs Ausbaues der Verfassung ausgesprochen. Auf diesem Gebiete ist aber bereits des Eherechts und der Grundsteuer in dem Entwurfe erwähnt. Die Regierung hat sich der Aufgabe nicht entzogen, sich mit eingehenden legislativen Vorberathungen zu beschäftigen, welche die Regelung wichtiger staatlicher Institutionen zum Zweck haben. Zum Abschluß sind viele dieser Vorberathungen noch nicht gediehen, aber ich will einige Punkte heute schon berühren, welche zugleich meine Person angehen. Der Moment meines Eintritts ins Ministerium fällt fast mit dem Zusammentritt der Landesvertretung zusammen. Es giebt eine erhöhte Thätigkeit der Gesetzgebung, welche Pflicht und Schuldigkeit ist; ich habe oben beregte erhöhte Thätigkeit möglichst gefördert. Uebergehend auf den zweiten Gedanken in diesem Alinea, die Abgrenzung der Justiz von der Verwaltung, so hat der Herr Berichterstatter der Kommission bereits angedeutet, daß es die Absicht gewesen, damit die erweiterte Zulässigkeit des Rechtsweges, die Kompetenzkonflikte und die Verfolgung der Beamten für Amtshandlungen zu bezeichnen. Ich kann versichern, daß schon vor meinem Eintritt diese Gegenstände bereits die Regierung beschäftigt und daß sie seit meinem Eintritt keinen Aufenthalt erlitten haben; ich halte dies für eine Pflicht. (Bravo!) Mit Rücksicht aber auf die Schwierigkeiten und den Umfang der Materie wird es nicht möglich sein, mit Sicherheit den Zeitpunkt anzugeben, wo die Vorberathungen zu solchem Abschluß gediehen sein werden, daß sie als Gesetz der Landesvertretung vorgelegt werden können; die Berathungen sind in unausgesetztem Betriebe und ich werde sie fördern. Dieser Gegenstand ist übrigens in genauer Verbindung mit einem Antrag, den vor einigen Tagen Herr v. Ammon gestellt hat. In diesem Antrage finden sich Gesichtspunkte berührt, welche ebenfalls in Berathung sind. Ich will nur noch andere Gegenstände mit wenigen Worten berühren. Ein solcher, welcher den Bezirk des Appellationsgerichts zu Köln wesentlich berührt, ist die Regelung des dortigen Hypothekenwesens; auch über diesen schwierigen Gegenstand finden Vorberathungen statt, welche jedoch einen raschen Abschluß nicht in Aussicht stellen. Auch in Betreff des Hypothekenwesens in den alten Provinzen sind Wünsche laut geworden. Für die Beförderung des Realkredits scheint man die legislative Initiative zu erwarten, hier ist aber die Abhülfe auf einem andern Wege zu suchen. Die beste Rechtspflege wird immer des Erfolges und der Anerkennung entbehren, wenn man nicht die Rechtshülfe fördert; so ist dann auch die Subhastationsgesetzgebung der Gegenstand eingehender Fürsorge geworden. So ist der Zustand der Zivil- und Strafgesetzgebung ein solcher, daß hier die bessernde Hand anzulegen, ein dringendes Bedürfniß geworden ist, namentlich bezüglich der Zivilprozeßgesetzgebung; der jetzige Zustand ist ein unbefriedigender, und schon binnen Kurzem sollen Einleitungen getroffen werden, um die Beseitigung dieser Uebelstände herbeizuführen. Es ist dieser Gegenstand nicht außer Verbindung mit der gewünschten Rechtseinheit des deutschen Volks. Wie bei Berathungen des Handelsgesetzbuches und auf manchem andern Felde Preußen nie zurückgeblieben ist, wo es sich darum handelte, gemeinsame deutsche Interessen zu fördern, so wird es auch in der Folge geschehen; es wird seine besten Kräfte in Anspruch nehmen und mit Gottes Segen die Aufgabe zu Ende führen. An meinem guten Willen soll es nicht fehlen und nach Kräften will ich dazu beitragen, den festbegründeten Ruf der preußischen Justiz zu erhalten. (Bravo!) — Abg. **Buschmann** spricht unter einiger Unruhe im Hause und ist daher weniger verständlich. Er scheint die Nothwendigkeit bessernder Maaßregeln für die Volksschulen und ihre Lehrer hervorzuheben und es für dringlich zu halten, bezüglich der Regulative Schritte zu thun, welche der Volksschule es möglich machen, ihrer großen Aufgabe zu entsprechen.

Abg. v. **Rosenberg-Lipinski**: Der Herr Justizminister hat in Betreff der gesetzgeberischen Thätigkeit der Staatsregierung so umfassende Mittheilungen gegeben, daß diese gewiß mit Dank aufgenommen sind. Aber das Bedürfniß einer gründlichen Revision der Zivilprozeßordnung scheint mir nicht genug hervorgehoben zu sein, und doch bedarf es einer ganzen Bibliothek, um bei ihrem jetzigen Zustande in ihr sich zurechtfinden zu können. — Der **Präsident** erklärt dem Redner, daß seine Aeußerung eine Spezialität betreffe, die nicht zur Debatte gehöre. — Der **Justizminister**: Ich bedaure, nicht vollständig verstanden zu sein, glaube jedoch es ausgesprochen zu haben, daß eben der vom Vorredner berührte Gegenstand der Gesetzgebung von mir als so wichtig wie dringlich hervorgehoben worden ist. — Der **Berichterstatter**: Der Herr Justizminister hat in großen Zügen uns ein Bild von dem entworfen, was er auf dem legislativen Gebiete für nöthig erachtet, und das hohe Haus wird ihm gewiß dafür dankbar sein. Sie erlauben mir daher nur in zwei Beziehungen eine kurze Bemerkung. Der Ausbau der Verfassung ist eine unabweisbare Nothwendigkeit; ihr Ausbau aber ist ein realer und ein idealer. Letzterem dürfte die Ministerverantwortlichkeit angehören, und ein Gesetz hierüber ist um so nöthiger, als ein solches in der Verfassungsurkunde zugesagt ist. Aber auch die Rechtspflege bedarf der bessernden Hand, mit welcher Erinnerung ich meine Bemerkung schließe. — Es wird hiernach Alinea 8 des Adreßentwurfs mit großer Majorität angenommen. — Zu Alinea 10, betreffend die Förderung des öffentlichen Verkehrs, ergreift das Wort der Abg. v. **Berg**, indem er das große Interesse betont, welches ganz Deutschland an der Gestaltung eines möglichst freien Verkehrs in seinem Innern habe. — Abg. **Herrmann**: Ich wohne im Flußgebiete der Elbe, und wenn ich auch das Bedürfniß einer Regulirung der Elbe wie der Oder für sehr nöthig erachte, so scheint mir noch dringlicher die Beseitigung des hohen Zolles zu sein, der den Verkehr auf der Elbe belastet. — Der **Minister des Handels**: Die Staatsregierung ist von der Wichtigkeit der vom Herrn Vorredner berührten Frage durchdrungen und wird es sich aufs Ernstlichste angelegen sein lassen, nicht nur die Elbe, sondern auch die Oder und andere Ströme in einen den Verkehr befriedigenden Zustand zu bringen. — Das Alinea 10 wird hierauf mit großer Majorität angenommen und folgt Alinea 11, in welchem die von der Staatsregierung Namens des Zollvereins begonnene Verhandlung zur Erleichterung der Verkehrsbeziehungen mit Frankreich anerkannt wird.

Frhr. v. **Schleinitz**, Minister des Auswärtigen: Die Regierung legt den höchsten Werth auf die friedlichen Beziehungen mit Frankreich und sie kann sich den warmen Worten in dem Entwurfe nur anschließen. — Das Alinea 11 wird angenommen. — Zu Alinea 12 (die auswärtigen Angelegenheiten) nimmt das Wort (Hrn. v. Bergs Amendement ist unterstützt) Abg. v. **Berg** (gegen den Antrag der Kommission): Nicht gegen die Adresse, sondern gegen das Amendement Vincke will ich sprechen. In diesem Augenblick hat die italienische Frage den Charakter einer wesentlich deutschen verloren. Preußen will Gesetz und Recht überall schützen, es kann also den Ereignissen in Italien nicht gleichgültig zusehen; es kann aber auch nicht sein Beruf sein, sich demselben entgegenzustellen. Preußen hat die Aufgabe, die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht mit Füßen treten zu lassen, ohne seine Stimme zu erheben. Ich will keine Kritik anstellen über das Verhalten einer italienischen Regierung, die sich zum Gehülfen der Revolution gemacht; bis jetzt ist die Haltung unserer Regierung korrekt gewesen und die Stellung des Königs von Sardinien ist weder eine solche, welche weder aus dem Völkerrechte, noch aus dem Rechte oer Revolution rein erklärlich ist. Nach der Verdrängung des Königs von Neapel aus Neapel sei Mazzini eben so ermächtigt gewesen, die Republik zu erklären, wie der König von Sardinien, den Thron Neapels einzunehmen; der Unterschied liegt nur in der größeren Verantwortlichkeit. Was das geeinigte Italien betrifft, so dürfen wir Deutschen nicht einen Rath geben, den wir bei uns selbst nicht ausführen können. Und Roms welthistorische Bedeutung, läßt sie sich abläugnen? Die Erhaltung des Kirchenstaats ist nicht so nothwendig, daß man nicht auch eine andere Form finden könnte, um die Unabhängigkeit der päpstlichen Gewalt zu sichern. Diese Unabhängigkeit ist selbst für den Protestanten nothwendig; ehe aber diese andere Form gefunden ist, ehe sie Wurzel gefaßt hat, sei jede Aenderung bedenklich. Ich erwarte und hoffe nicht, daß ein piemontesisches Italien ein Bundesgenosse Deutschlands werde; das Nationalitätsprinzip verdient die höchste Beachtung, es hat die größte Berechtigung, bei allen Akten politischer Zweckmäßigkeit zu Rathe gezogen zu werden; aber es wird gemißbraucht, denn man benutzt es, um bestehende Staaten zu zersetzen. Die deutsche Nation ist bis an die Küsten vorgedrungen; ist es recht, jetzt die Nationalitäten hervorzusuchen, um es zurückzudrängen? Hat Deutschland seine Grenzen Brabant, Elsaß, Lothringen verloren, so ist es zu derselben Zeit bis an die Adria vorgedrungen. Der Redner bestreitet nicht die Rechte Venetiens, das sei aber nur Sache der Politik, welche auf Ereignissen beruht. Preußen mag keine Pflichten haben aus den Bundesverträgen, für Oestreich in Betreff Venetiens einzutreten, aber als große Macht hat es diese Pflicht, und wenn man durchaus Venetien hergeben will, so mag man warten, bis Deutschland einig und die Bundesverfassung revidirt ist. Der Redner fordert, Oestreich eine schützende und helfende Hand zur Durchführung der Reformen zu reichen. Oestreich hat vielfaches Unrecht gegen uns gethan, hat Deutschlands Entwickelung um 50 Jahre aufgehalten, aber das hat doch nur die Regierung gethan und warum scheidet man nicht auch hier Regierung von Volk u. s. w.

Abg. **Mathis** (Barnim). Der Redner äußert zunächst sich über die Folge der zu Alinea 12 gestellten Amendements und sagt dann: Friedrich Wilhelm III. habe 1830 nicht durch ein bewaffnetes Einschreiten, sondern nur durch ein solches Beobachten den Frieden erhalten. Wenn ich nun auch das in neuerer Zeit betonte Recht der Nationalität im Allgemeinen zugebe, so darf dieses doch keine Ausdehnung erhalten, die alles Bestehende in Gefahr bringen würde. Ich achte daher den Standpunkt, den die Staatsregierung in dieser Beziehung eingenommen hat. Ich beklage den Zustand der Bedrückung, den eine Nation im Süden Europa's so lange erlitten, aber ich kann die Mittel nicht billigen, die man zur Beseitigung des Uebels in Anwendung bringt. Ich erinnere daran, daß schon 1831 von allen Mächten dahin gedrungen wurde, den traurigen Zustand Italiens zu heben; man sagte damals auch zu; als aber der Druck aufhörte, ging auch die Zusage in Vergessenheit und daraus ist entstanden, was jetzt vorliegt. Betreffend das Amendement des Abg. Vincke, so erkennt der Redner in demselben nicht die Klarheit, die er für wünschenswerth erachte. Es handle sich um Verhältnisse zwischen Italien und Oestreich, zwischen Italien und der Revolution und zwischen Italien, Frankreich und der Revolution gegen Italien. Die Konsolidirung Italiens könnte also ersichtlich eine sehr bedenkliche werden. Solle aber die fortschreitende Konsolidirung Italiens die dauernde Ausgleichung seiner inneren Gegensätze betreffen, so sei das zwar zu wünschen, aber aus dem Amendement nicht zu erkennen. Der Redner will gern glauben, daß das gesammte Verhalten Frankreichs zu Italien dessen Neigung zu einer befriedigenden Stellung zu Preußen und Deutschland geweckt habe, und er glaube daher, daß eine Stütze spezifisch östreichischer Interessen durch Preußen und Deutschland Italien vollständig in die Arme Frankreichs führen werde. Der Redner entscheidet sich schließlich gegen beide Amendements der Abgg. v. Vincke und v. Berg. — Abg. **Duncker** (Berlin) erklärt sich im Wesentlichen mit Alinea 12 der Adresse einverstanden. Meine Anschauungen von der Unsicherheit der europäischen Zustände beziehen sich darauf, daß die internationalen Verträge, die seit über 40 Jahre Europa's Ordnung bestimmen, eine überall immer schwankendere Anerkennung noch finden. Unter solchen Umständen scheine es am dringendsten zu sein, die Entwickelung der inneren staatlichen Zustände kräftig anzustreben. Unter Anderem gehöre hierher auch das deutsche Parlament, und das Streben des deutschen Volkes nach demselben werde nur mit seiner Erfüllung endigen. Es sei wahr, daß 1815 Mitteleuropa dem durch Nationalitäten schwachen Oestreich und dem büreaukratisch sich entwickelnden früheren Preußen anvertraut wurde; aber jetzt sei das Verhältniß anders geworden: die Schwäche Oestreichs habe zugenommen und Preußen sei unbestreitbar stärker geworden. Der Redner könne daher den in der Adresse angedeuteten Grundsatz, daß es nicht in Preußens Interesse liege, in die italienischen Verhältnisse einzugreifen, nur billigen. Der Redner rezitirt dann Worte aus einem Werke Beselers über Bedeutung und Berechtigung der Nationalitäten. Wenn nun der Abg. für Jülich (v. Berg) vorhin geäußert, daß Italien dem überwiegenden Einfluß Frankreichs zu entziehen sei und darauf eine Unterstützung Oestreichs für seine italienischen Besitzungen verlangt, dann sei wohl schwer zu begreifen, wie diese beiden Gegensätze auszugleichen seien. Es kann in dieser Frage das Sprüchwort: „Kommt Zeit, kommt Rath", seine beste Verwerthung finden und es habe die Zeit in Italiens Entwickelung schon bisher sehr viel gethan. Der Verlust Italiens für Oestreich könne auch Deutschlands Einfluß im europäischen Sinne schwächen, aber das dürfe nicht Mahnung sein, gegen Italiens gegenwärtige Gestaltung einzuschreiten. Preußen und Deutschland mögen in der Richtung an Macht und Einfluß zu gewinnen suchen, die ein deutscher Name, das „deutsche Meer" ihm bezeichne. Suche vor Allem aber Preußen in sich und durch sich in Deutschland befriedigende Zustände herbeizuführen und zu erhalten, und man könne sicher sein, daß dann auch ihr Einfluß nach jeder Richtung nicht ohne Gewicht sein werde. (Bravo!)

Der Minister Frhr. v. **Schleinitz**: Preußen hat keinen Grund zur Mißgunst gegen das italienische Volk, jenes Volk, welches eine so erhabene Stelle in der Geschichte eingenommen, das die Welt beherrscht, das Kunst und Wissenschaften in so hohem Grade pflegt, welches auch seinen Namen mit ruhmvollen Zügen in die Geschichte eingezeichnet hat. Auch das vermögen wir nicht zu sagen, daß ein Volk mit solcher Vergangenheit und so entschieden ausgeprägter Nationalität dieser seiner Nationalität eine deren Sicherheit verbürgende und seiner Bedeutung entsprechende politische Gestalt sich zu geben bemüht hat, aber ohne den Werth dieser nationalen Bewegung unterschätzen zu wollen, glaubt die Regierung ihr nicht jene absolute Geltung beilegen zu dürfen, die für dieselbe ihr in Italien vindizirt worden, eine Geltung, vor der alles Recht, sei es das Völkerrecht, sei es das Vertragsrecht, jedes Interesse, sei es auch das wichtigste, sich beugen müsse. Mit Ausnahme derjenigen, welche sich weder in diesem Hause, noch in Preußen heimisch fühlen, wird Niemand dieser Bewegung eine souveräne Bedeutung beilegen, und es ist auch kaum unter den größeren Regierungen Europa's eine, welche das Nationalitätsprinzip auf diese Weise gegen sich in Anwendung zu bringen mit ihrem Interesse in Einklang finden wird. Sollte es dennoch von irgend einer Seite unternommen werden, das Staatengebäude Europa's auf Nationalitätsgrundlagen zu rekonstruiren, so würde damit das Signal zu welterschütternden Umwälzungen, zu den blutigsten, unabsehbaren Kämpfen gegeben sein. Was das sogenannte Nichtinterventionsprinzip betrifft, so hält es die Regierung durchaus nicht für alle Fälle bindend noch maaßgebend; gleichwohl haben wir uns in die italienische Angelegenheit nicht eingemischt. Die Ungewißheit über die letzten Ziele dieser Bewegung, die Möglichkeit neuer Konflikte, die Verschiedenheiten in den Stellungen der europäischen Mächte, die Abwesenheit jedes direkten Interesses, die räumliche Entfernung, legten Preußen die Pflicht auf, eine vorsichtige, zuwartende Politik innezuhalten. Dennoch ist diese Politik einer tendenziösen Färbung angeklagt worden. Ich muß mich auf das Entschiedenste gegen diesen Vorwurf verwahren. M. H., Preußens Regierung richtet ihr Verhalten weder nach Sympathien, noch nach Antipathien, sie verfolgt keine Tendenzen, sondern sie hat nur das Wohl des Vaterlandes im Auge. In Betreff Venetiens ist von keiner Seite her bestritten worden, daß diese Provinz in erster Linie für Oestreich, dann aber auch mittelbar für Deutschland von großer militärischer Wichtigkeit ist; dies ist eine militärisch-technische Aufgabe, und der große preußische Generalstab theilt die Ansicht von der hohen Bedeutung Venetiens im vollsten Maaße. Ich will daraus keine Folgerungen ziehen, ich will dies nur konstatiren; es ist daher für Preußen nicht möglich, Oestreich eine Verzichtleistung auf Venetien anzurathen. Uebrigens aber ist es noch möglich und man kann sich der Hoffnung hingeben, daß es gelingt, den drohenden Konflikt nicht bloß hinauszuschieben, sondern auch ganz zu beseitigen, da sowohl Oestreich erklärt hat, aus der defensiven Stellung nicht heraustreten zu wollen, als auch Sardinien den Vorsatz ausgesprochen hat, Oestreich nicht anzugreifen. Preußen wird natürlich solche Entschlüsse zu stärken suchen. Ich kann mich keinem der gestellten Amendements anschließen, eines wie das andere könnte in seinen Konsequenzen die Politik der Regierung influiren. Ich betone, daß Preußen auch für die Zukunft sich thatsächlich in die italienische Angelegenheit nicht einmischen wird, daß aber diese Bewegung möglicherweise eine Ausdehnung gewinnen kann, welche Preußen nöthigen und verpflichten könnte, thatsächlich einzuschreiten. So mache ich sie auf einen Artikel in der Turiner „Opinione" aufmerksam, worin gesagt wird, daß, selbst wenn, um Verona anzugreifen, die äußersten Grenzen deutschen Bundesgebiets berührt werden müßten, dies dennoch kein Angriff auf Deutschland sei. (Bewegung.) Ich ersuche Sie dringend, den Amendements Ihre Zustimmung zu versagen.

Abg. v. **Vincke** (Hagen). Der Redner leitet seine Rede mit einem kurzen Resumé des von den vorhergegangenen Rednern Geäußerten ein, erklärt sich dann dankbar für die von dem Minister des Aeußern gegebenen Erklärungen über völkerrechtliche Fragen, die zu unterschreiben er bereit sei, und schließt daran Spezielles über die gegenwärtige Lage der Verhältnisse in Italien und die Stellung, die Preußen bisher zu demselben eingenommen. Der Redner ist vollständig damit einverstanden, daß Preußen keine sardinische Politik in Deutschland treibe; aber, wenn Preußen für sich und Deutschland nur das als Aufgabe erkennen das Gleichgewicht Europa's zu schützen, so sei das doch auch eine bedenkliche Forderung. Es sei nicht groß von Deutschland gedacht, es bei jeder politischen Gestaltung an seiner Grenze für gefährdet zu erklären. In der letzten Thronrede des Kaisers der Franzosen befinde sich eine Stelle über das ruhige Erwarten etwaiger bedrohender Unternehmungen, diese Stelle sollte mit voller Zuversicht als noch passender für Deutschland erkannt werden. Nach Lage der gegenwärtigen Zustände Oestreichs und Rußlands scheine überhaupt keine feindliche Macht an den Grenzen Preußens und Deutschlands erkenntlich zu sein, um so ungestörter vermöchte Preußen und England das bestehende gegenseitige Bedürfniß in Frage des europäischen Kontinents zu konsolidiren. Wenn man aber eine mehr gegnerische Stellung zu Italien einnehme, dann könne man sich auch nicht wundern, wenn England, das entschieden eine andere Stellung zu Italien einnehme, sich nicht zu Preußen und Deutschland hingezogen fühle. Es sei durchaus nicht zu verkennen, daß der Kaiser Napoleon einen Druck auf Italien geübt, und denke man sich daher einen kriegerischen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland, so sei für solchen Fall vorauszusetzen, daß Italien ihn benutzen werde, von diesem Drucke sich zu befreien, und aus dieser Anschauung ergebe sich denn auch, welche Stellung Preußen zu Deutschland und Italien einzunehmen habe. Man erinnere rücksichtlich der italienischen Gestaltung an die Gefahr für Deutschland, aber abgesehen davon, daß diese Gefahr mehr im deutschen Volke als sonstwo liegen werde, so seien ja auch auf dem größten Theil der deutsch-italienischen Grenze erst die Alpen zu übersteigen, und das sei auch gerade keine Kleinigkeit. Der Redner berührt nun die Lage des Papstes und glaubt, daß die Würde des Papstes, nicht auf weltliches Gebiet begründet, sondern auf sich selbst, gewiß eine größere sei, als bisher. Rückkommend auf die Abhängigkeit Italiens von Frankreich, liest der Redner eine Stelle aus einer Zeitung, welche dahin geht, ein einiges Italien als eine Drohung für Frankreich zu erkennen. Sodann berührt derselbe die Menge der Nationalitäten, welche den Kaiserstaat Oestreich bilden und schließt daraus auf die Schwäche des deutschen Interesses Oestreichs. Dieses Interesse habe Wege und Anknüpfung in Italien gefunden vor dem Bestande des gegenwärtigen Ostreich, ja schon zu einer Zeit, da Venedig die mächtigste Seemacht war, und es müsse daher eine absonderliche Begründung haben, wenn Deutschland zu industriellem Verkehr mit Italien der Vermittlung Oestreichs dringend oder überhaupt bedürfe. So lange nun Venetien östreichisch sei, so lange werde Italien auf Frankreichs Hülfe rechnen, woraus folge, daß diese Abhängigkeit nicht noch erhöht werden dürfe durch eine Unterstützung Oestreichs gegen Italien Seitens Deutschlands. Wessen Preußen und Deutschland bei

(Fortsetzung in der Beilage.)

Oestreich sich zu versehen habe, das lehre unter Anderem der Friede von Villafranca, und auch die nächste Unterstützung Oestreichs würde nur neue Gefahr für Preußen und Deutschland zur Folge haben. Es empfehle sich also für diese in ihrer Stellung zu Italien besonders darum, es nicht dahin kommen zu lassen, daß italienische und französische Interessen identisch werden. Der Redner bittet schließlich das hohe Haus, seinem Amendement zuzustimmen. (Lebhaftes Bravo!)

Der Minister des Auswärtigen: Nachdem der Herr Vorredner auf einige Thatsachen sehr ausführlich eingegangen, worüber ich erfreut bin, will auch ich über diese Thatsachen mich auslassen. Die Note vom 13. Oktober, die Koblenzer Note, hatte keinen andern Zweck, als die Ansicht der preußischen Regierung über etwaige mißbräuchliche Anwendung der Nationalitätsprinzipien darzulegen und sodann ihre Stellung zu bezeichnen zu gewissen Vorgängen und Ereignissen, welche sie nicht umhin konnte, als völkerrechtswidrige zu betrachten. Der Vorredner bestreitet nun die Opportunität dieser Depesche, ohne gegen den Inhalt derselben etwas einzuwenden; er meint, dieselbe hätte ungeschrieben bleiben können, ja es wäre besser gewesen, daß sie ungeschrieben geblieben sei und daß Preußen sich nicht berufen gehalten habe, Sardinien in dieser Weise, ich möchte sagen, zu schulmeistern. Meine Herren, ich bemerke darauf, daß die preußische Regierung schon um des Interesses willen, das Preußen als eine europäische Macht an der Aufrechthaltung der internationalen Verträge zu nehmen hat — auf welchen doch allein die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz unabhängiger Staaten beruht — berufen und verpflichtet gewesen wäre, sich unumwunden über das Vorgehen Sardiniens auszusprechen. Die preußische Regierung hatte hierzu aber einen doppelten Grund, nämlich, daß sowohl die sardinische Regierung als die italienischen Staaten, welche sich durch jene Vorgänge für beeinträchtigt hielten, die betreffenden Thatsachen amtlich zu ihrer Kenntniß gebracht und so gewissermaßen auf ein Urtheil der preußischen Regierung provozirt hatten. Ein Schweigen wäre unter diesen Umständen einer so großen Regierung, als die preußische, wenig würdig gewesen; die preußische Regierung hätte sich dem Verdachte ausgesetzt, sie konnivire oder sympathisire mit denjenigen Vorgängen, welche die bestehende Ordnung Italiens verändert, oder sie besitze den Muth nicht, sich zu ihrer Meinung zu bekennen. Mit dem Erlasse der Depesche vom 13. Oktober war also keineswegs eine Einmischung in die italienischen Angelegenheiten beabsichtigt; sie berührte den Kern dieser Frage nicht im mindesten, sondern bezog sich auf gewisse äußere, in zufälligem Zusammenhang stehende Vorfälle und Ereignisse, die nicht bloß für Italien von großer Wichtigkeit waren, sondern in weiteren Kreisen für alle europäischen Mächte, ja für jeden unabhängigen Staat eine große allgemeine prinzipielle Tragweite hatten. Wenn man daher in einer Note nicht so weit gehen will, um dem Grundsatze zu huldigen, daß der Zweck die Mittel heiligt, daß, weil gegen die neapolitanische Regierung und die päpstliche die Mißgunst der öffentlichen Meinung sich richtet, gegen diese überhaupt ein Unrecht nicht begangen werden könnte, oder daß, weil der sardinischen Regierung die Sympathien Europa's zur Seite stehen, dieser Staat stets Recht habe, dann vermag ich nicht einzusehen, was man gegen jenen ganz objektiven Inhalt einzuwenden haben kann. Was die Angelegenheiten wegen der „Loreley" betrifft, so ist Folgendes der Hergang: Im Monat September richtete der König von Neapel an den preußischen Gesandten das Ersuchen, von einer Sendung der „Loreley" nach Messina zur Beförderung eines Schreibens an den dortigen Kommandanten der Zitadelle Gebrauch machen zu können. Der Gesandte glaubte sich nicht ermächtigt, ohne Vorwissen seiner Regierung diesem Ersuchen Folge zu leisten, sandte eine Depesche hierher und von hier wurde ihm die durch Störung in der Drathleitung verzögerte Antwort, er möchte in schonender Weise das Ersuchen des Königs ablehnen und diese Ablehnung damit motiviren, daß die in den dortigen Gewässern befindlichen preußischen Schiffe lediglich zum Schutze preußischer Unterthanen verwendet und diesem Zwecke durchaus nicht entfremdet werden sollen. Da der Graf diese Antwort nicht erhielt und der König sein Ansuchen in dringender Weise wiederholte, so glaubte er um so mehr nachgeben zu können, als der Verkehr zwischen der Zitadelle von Messina von der See aus und Gaëta offen und ungehindert bestand und zwar auf Grund eines ausdrücklichen Abkommens, so daß ein Munitionstransport aus Gaëta in Messina ungehindert landen, eine Deputation aus Messina nach Gaëta gehen konnte. Gleichwohl machte der Gesandte es dem Kapitän Kuhn zur Pflicht, nur dann sich der Beförderung des Schreibens zu unterziehen, wenn er an Ort und Stelle dies ohne Gefahr thun könne. In welcher Art sich die Regierung über das Verhalten des Gesandten geäußert, das scheint mir ein Internum der Verwaltung, über welches ich keine Rechenschaft schuldig zu sein glaube. Was ferner den Schritt betrifft, welchen die Regierung bei Frankreich zum Schutze des Königs von Neapel und seiner Familie gethan, so bemerke ich zuerst, daß Frankreich dem Könige von Neapel diesen Schutz aus freien Stücken und ohne des Letzteren Zuthun zugesichert hatte. Unser Schritt hatte keinen politischen Zweck, es war nur reine persönliche, menschliche Theilnahme für ein großes, mit großem Heldenmuthe getragenes Unglück, und Preußen würde einen solchen Schritt für jeden anderen thun. Ich kann nicht auf alle Einzelheiten eingehen, welche der Herr Vorredner erwähnt, aber er möge nicht glauben, ich stimme alle dem zu, was ich unbeantwortet lasse. In Betreff des Verhältnisses zu Oestreich, so ist die Regierung von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Oestreichs Bestand für Europa von der höchsten Wichtigkeit ist und wir wünschen, daß Oestreich in seinem jetzigen Beginnen zu neuer Entwickelung sich kräftige. Preußen bedarf Oestreichs, wie Oestreich Preußens — es giebt keine engere Verbindung und keine bessere als ein starkes Oestreich und ein mächtiges Preußen — aber eine solche Verbindung muß aufrichtig sein, muß aus wahrer Freundschaft aus wahrem Wohlwollen hervorgehen. (Bravo!) Lassen Sie uns hoffen, daß auf solchen Grundlagen die Beziehungen der beiden Großstaaten immer inniger sich gestalten werden. Wenn auf ein inniges Verhältniß mit England ein solches Gewicht gelegt worden ist, so mag man bedenken, daß England seinerseits nur dann diesen Beziehungen dieselbe Bedeutung zuschreibt, wenn es dieselben mit ganz Deutschland anknüpfen kann, daß es aber dem Dualismus zwischen den deutschen Großmächten ausweicht, der leider das Gewicht des großen Landes, ich meine Deutschlands, in Europa neutralisirt. Um noch einmal auf Venetien zurückzukommen, so glaube ich, daß diese Frage in der nächsten Zukunft nicht an uns herantreten wird; ich bin aber nicht ermächtigt, heute schon zu erklären, was Preußen künftig thun wird. Soviel kann ich versichern, daß Preußen keinerlei bindende Verpflichtungen eingegangen ist.

Abg. Reichensperger (Köln). Nachdem der Redner zunächst an der Rede des Abgeordneten für Hagen (v. Vincke) anerkennt, daß sie dem Hrn. Minister des Auswärtigen Anlaß gegeben habe, Aeußerungen über die Stellung der preußischen Staatsregierung zu Italien und zu den Großmächten in ihrem Verhältniß zu diesem Lande zu thun, die gewiß manche unrichtige Auffassung hierüber berichtigen werde, geht er speziell auf die meisten Aufstellungen und Ausführungen des Vorredners näher ein, indem er fast durchweg jenem entgegengesetzte Ansichten vertheidigt, ohne Neues zu diesen vielbesprochenen italienischen Angelegenheiten beizubringen. — Der Berichterstatter erkennt an, daß, wenn man auch Sympathie für den gegenwärtigen italienischen Gestaltungsprozeß habe, man doch nicht so weit gehen dürfe, dieser in einer Adresse an Se. Majestät Ausdruck zu geben. Mit dem Abg. v. Vincke erklärt der Redner sich darin einverstanden, daß Preußen zum Dienste Oestreichs Nichts, im Interesse Deutschlands aber Viel thue. Venetien habe höchstens ein sehr mittelbares Interesse für Deutschland, das sei ein Urtheil, dem selbst höhere Militärs zustimmend sich geäußert. Die Erklärung des Hrn. Ministers des Auswärtigen, daß Preußen nach keiner Seite engagirt sei, schließe nicht aus, daß, wenn eine erhebliche Aenderung in der gegenwärtigen Lage der italienischen Verhältnisse eintrete, Preußen auch die Freiheit habe, sich zu denselben bestimmen zu können. Liege nun keine Nothwendigkeit für Annahme eines der gestellten Amendements vor, so sei dies noch weniger der Fall dafür, ihnen Ausdruck in der Adresse zu geben.

Alinea 12 der Adresse wird hiernach vom Hause angenommen. Die Abstimmung über das Amendement v. Vincke durch Aufstehen läßt die Majorität zweifelhaft, worauf Zählung 156 Stimmen für und 142 Stimmen dagegen ergiebt, wonach es angenommen wäre. Die hierauf beantragte Abstimmung durch Namensaufruf, die bei weniger als 15 Stimmen Majorität nach der Geschäftsordnung zulässig ist, ergiebt 159 Stimmen für und 146 Stimmen gegen das Amendement, und ist daher dasselbe mit einer Majorität von 13 Stimmen angenommen. Das Amendement heißt, wie bereits erwähnt: „Der fortschreitenden Konsolidirung Italiens entgegenzutreten, erachten wir weder im preußischen, noch im deutschen Interesse."

Berlin, 7. Febr. [11. Sitzung.] In der heutigen Sitzung handelte es sich bei Fortsetzung der Adreßdebatte zunächst um den Satz 13, welcher die deutsche Frage betrifft. Abg. Stavenhagen sprach für sein Amendement (Stellung Preußens an der Spitze eines deutschen Bundesstaates). Minister v. Schleinitz erklärte sich im Sinne der Achtung vor den Rechten Aller und der freien Verständigung gegen das Amendement und für die Fassung des Entwurfs, weil über das Wie der Sache vielfache Differenzen herrschten und an manchen Stellen in Deutschland gegen den preußisch-deutschen Weg der Lösung der deutschen Frage eine starke Abneigung herrsche. Auch sei bei der jetzigen Weltlage nicht die Zeit zu solchen weitaussehenden Reformplänen, über die noch keine Einigkeit vorhanden sei; wo Einigkeit noththue, müsse man nicht Zwietracht säen, um Sturm zu ernten. Später erklärte der Minister v. Schleinitz, die Regierung sehe in dem Amendement Stavenhagen nicht grade eine Gefahr; dasselbe sei ihr aber unerwünscht. Hierauf zieht Stavenhagen sein Amendement zurück; Abg. v. Hoverbeck nimmt es wieder auf. Es folgt Namensaufruf und das Amendement wird mit 261 gegen 41 Stimmen verworfen. (Der ausführliche Bericht folgt morgen.)

— [Petition.] Von dem Kreisphysikus a. D. und Direktor des Instituts für Heilgymnastik, Neumann in Berlin, sind Behufs der Gleichstellung der Homöopathie, Hydropathie, der Heilgymnastik und des thierischen Magnetismus mit der Allöopathie den beiden Häusern des Landtages folgende Anträge als Petitionen eingebracht worden: daß die Regierung bestimmt werde: 1) die medizinischen Fakultäten sämmtlicher Landes-Universitäten zu zwingen, die Habilitirung von Privatdozenten für das spezielle Fach der Homöopathie, der Hydropathie, der Heilgymnastik und des thierischen Magnetismus zuzulassen; 2) je einen Arzt, der mit Homöopathie oder Hydropathie oder Heilgymnastik oder thierischem Magnetismus sich beschäftigt, und als solcher schon Ruf erlangt hat, als Mitglied der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen eintreten zu lassen; 3) dergleichen Aerzte, gleichberechtigt mit den Allöopathen im Zivil und Militär, als Direktoren der Universitätskliniken, der Lazarethe, der Spitäler, als Armenärzte u. s. w. anzustellen und event. den Kommunen die Anstellung solcher Aerzte zu dergleichen Stellen erlauben und selbst anzuempfehlen. Motivirt sind diese Anträge in einer der Petition beigegebenen Druckschrift des Dr. Neumann: „Der Heilkunde Duldung, den Aerzten Duldsamkeit!"

Lokales und Provinzielles.

S Posen, 8. Febr. [Fräulein Jenny Meyer] wird, dem Vernehmen nach, heute bestimmt hier eintreffen, und findet sonach das angekündigte Konzert morgen, Sonnabend den 9. d. Abends 1/2 8 Uhr, im Kasinosaale statt. Die junge Künstlerin wird dabei den Zuhörern wieder Gelegenheit geben, neben all ihren übrigen trefflichen Eigenschaften auch ihre Vielseitigkeit und ihr Talent für prägnante und fein empfundene Charakteristik des Vortrags bewundern zu lassen, da sie neben dem klassischen Mozart auch den weich schwärmerischen Bellini, wie die modernen Romantiker Mendelssohn und Liszt auf ihr morgendes Repertoir gestellt hat. Daß sie für die noch unbestimmt gelassene Schlußnummer wenigstens ein Schubert'sches Lied wählen möge, wünschen und bitten wir. Frz. Schuberts und Mendelssohns Lieder werden allerdings fast überall gesungen, allein höchst selten auch mit nur annäherndem Verständniß, auch mit nur leidlich befriedigendem Vortrage. Und deshalb ist es um so nothwendiger, daß der in ihnen ruhende reiche Schatz edler und echter Musik eine klare, sichere und vollbefriedigende Interpretation durch geistvollen und gediegenen Vortrag finde.

(Das Referat über die 2. Symphonie-Soirée muß wegen Mangel an Raum heute noch zurückbleiben.)

Fraustadt, 7. Febr. [Das Institut der Sparkassen] hat sich im Allgemeinen derartig bewährt, daß es nicht ohne Interesse sein wird, von einzelnen derselben Näheres auch in eine weitere Oeffentlichkeit zu bringen, wenn auch nur, um dadurch zu einem folgerungsreichen Vergleiche mit den Verhältnissen anderer anzuregen. Wir zählen im hiesigen Kreise zwei städtische Sparkassen: je eine in Fraustadt und Lissa. Die Fraustädter besteht seit dem 1. Oktober 1845 und zählte 1859 bereits 816 Einlagen zu Beträgen bis 200 Thlr. mit zusammen 25,774 Thlr. Im Jahre 1860 traten dazu 7774 Thlr., während die Rückzahlungen nur 6822 Thlr. betrugen. Der letzte Abschluß ergab ein Gesammt-Einlagekapital von 27,374 Thlr. Davon sind untergebracht auf städtischen Grundstücken 9900 Thlr., auf ländlichen Besitzungen 3100 Thlr., bei Institution und Korporationen 9600 Thlr. und endlich in zinstragenden Papieren 4100 Thlr. Durch einen vom Oberpräsidenten unterm 20. Dezember vor. J. bestätigten Nachtrag hat das Statut der Sparkasse dahin eine wesentliche Ausdehnung erhalten, daß Darlehen in Summen von 25—100 Thlr. zu Beträgen durch 5 theilbar, jedoch nicht über 1/10 des Gesammt-Sparkassenkapitals hinaus, gegen garantirte Wechsel statthaft sind. Hiermit ist einem dringenden Bedürfnisse unserer Zeitverhältnisse Rechnung getragen worden und es wird dies unseren fürsorglichen Verwaltungsbehörden so mancher wackere Kämpfer gegen Nahrungs- und Geschäftsverhältnisse ungünstiger Art, zu danken wissen. Die Lissaer städtische Sparkasse besteht seit 1847. Ende 1859 hatte dieselbe eine Gesammt-Einlage von 26,664 Thlr. Dazu traten im Laufe des Jahres 1860 13,413 Thlr., während nur 7940 Thlr. Rückzahlungen geleistet wurden. (Vergleiche d. <Korr. aus Lissa in Nr. 30). Der letzte Abschluß ergab ein Gesammtkapital von 33,308 Thlr. Dasselbe ist untergebracht in zinstragenden Papieren mit 18,786 Thlr., durch Einlagen bei der Provinzial-Hülfskasse zu Posen mit 3040 Thlr., auf Grundstücken mit 10,450 Thlr., der Rest von ca. 1000 Thlr. befindet sich im Baarbestande. Der Gesammtwerth zerfällt in 1043 Einlagen bis zu Beträgen über 200 Thlr. Die im verflossenen Jahre gezahlten Prämien von 10 à resp. 15 Pzt. des Einlagekapitals betrugen zusammen die erhebliche Summe von 1031 Thlr. In beiden Sparkassen des Kreises zusammen sind folglich 1859 Einlagen mit 60,682 Thlr. vorhanden und wenn wir schließlich noch hinzufügen, daß Fraustadt 6000 und Lissa 10,000 Einwohner zählt, so ist zu weiteren Vergleichungen hinreichender Spielraum vorhanden.

Telegramm.

Beim Schluß der Zeitung geht uns noch folgendes Telegramm zu:

Berlin, Freitag 8. Febr. Nachmittags. Bei der heute fortgesetzten Adreßdebatte im Abgeordnetenhause kam das Amendement des Abg. v. Żółtowski-Buk in Betreff der Forderungen der Polen (s. Nr. 29) zur Diskussion. Für dasselbe sprachen die Abg. Dr. Libelt und v. Bentkowski, dagegen Reichensperger. Letzterer erklärte, das Amendement enthalte historisch und staatsrechtlich unmögliche Forderungen, und nur in Bezug auf den Gebrauch der polnischen Sprache seien die Anforderungen der Polen berechtigt. Der Minister des Innern, Graf Schwerin, wiederholt seine früheren Warnungen vor einer Agitation, deren Konsequenzen unabsehbar seien, und erklärt aufs Neue, man werde stets die Regierung auf ihrem Platze finden. Bei der Abstimmung erheben sich nur die Polen für das Amendement, das also mit eklatanter Majorität abgelehnt ist.

(Eingeg. 8. Febr. 2 Uhr 25 Minuten Nachmittags.)

Angekommene Fremde.

Vom 8. Februar.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Frau Justizräthin Richter aus Breslau, Rittergutsb. und Lieutenant v. Turno aus Słopanowo, die Rittergutsb. v. Bogusławski aus Pawłonki, v. Swinarski aus Gołaszyn, v. Baranowski aus Roznowo, v. Twardowski und Frau Rittergutsb. v. Twardowska aus Kobylnik.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsb. Meißner aus Kiekrz, Seubig und Inspektor Ernst aus Dresden, die Gutsb. Milczewski und Fitzke aus Polen, Tarnowski aus Krzywosądowo und Heickeroth aus Plawce, Kaufmann Werner aus Borek und Schafzüchter Geilert aus Krosniewice.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 20. Februar c. um 11 Uhr Vormittags sollen 3 ausrangirte neunsitzige Postwagen auf dem hiesigen Posthofe im Wege der Auktion unter Vorbehalt des Zuschlags der Ober-Postdirektion meistbietend verkauft werden.

Drei Tage vor dem Verkaufstermine werden dieselben in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr zur Ansicht ausgestellt sein.

Posen, den 7. Februar 1861.

Der Ober-Postdirektor **Buttendorff**.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Krotoschin, I. Abtheilung.

Das den **Joseph** und **Theophila v. Mikorski**schen Eheleuten gehörige Rittergut **Wyganowo**, abgeschätzt auf 81,322 Thlr. 17 Sgr. 2 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 10. April 1861 Vormittags 9 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

1) der Schuhmacher **Johann Gottlob Wächtler,**
2) der Riemer **Christian Friedrich Wächtler,** modo deren unbekannte Erben,
3) der Techniker **Albrecht Lange,**
4) die **Anna Praxeda v. Trembecka** früher zu **Lemberg**, und
5) der Subhastat **Joseph v. Mikorski**

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Krotoschin, den 1. August 1860.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Der über das Vermögen der Putzwaarenhändlerin **Emilie Kotzold** hierselbst eröffnete Konkurs ist durch Beschluß des Kollegii als beendet erklärt worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Pleschen, den 27. Januar 1861.

Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Am 8. März d. J. Vormittags 10 Uhr werden vor dem hiesigen Rathhause durch unsern Auktionskommissarius **Hoppe** verschiedene werthvolle Mahagoni-Meubles im Gesammtbetrage von circa 253 Thlr., darunter ein Mahagoni-Fortepiano, im Wege öffentlicher Auktion versteigert werden. Kauflustige werden hierzu vorgeladen.

Schrimm, den 29. Januar 1861.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Nutzholz-Verkauf.

Dienstag den 19. Februar c. soll im Forsthause **Duszník** von Vormittags 10 Uhr ab eine Quantität Nutzholz, worunter circa **200 Eichen-Nutzstücke** gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Bolewice, den 7. Februar 1861.

Der königliche Oberförster.

Bekanntmachung.

Zum öffentlichen meistbietenden Verkaufe des, in Folge Verfügung der königlichen Regierung zu **Posen** vom 27. Dezember v. J. Nr. 826/12 auf den, dem Mühlenbesitzer **Werchan** zu **Klossowitz** als Abfindung abzutretenden Forstplänen, eingeschlagenen Bau-, Nutz- und Brennholzes, bestehend in circa 250 Stück Birken-, Elsen- und Kiefern-Lang- und Schneideholz, so wie Kloben-, Knüppel- und Reisigklaftern, habe ich einen Termin auf

Donnerstag den 14. d. Mts. Vormittags von 10 Uhr ab

in dem **Frölich**schen Gasthofe zum schwarzen Adler hierselbst anberaumt, zu welchem ich Kauflustige ergebenst einlade.

Zirke, den 7. Februar 1861.

Der königliche Oberförster **Brehmer**.

Die Putzwaaren-Auktion

in dem Laden **Wilhelmsstraße Nr. 19** wird **Montag und Dienstag** den **11. und 12. Februar** Vormittags von 9 und Nachmittags von 3 Uhr ab fortgesetzt, in welcher eine bedeutende Quantität echter Kanten, Spitzen, Blonden, Blumen-Bouquets, Bänder, schwarze und kouleurte seidne Mantillen, Frühjahrsmäntel, seidne Roben, französische Long-Châles, und **Dienstag Vormittags 10 Uhr** die **Waarenrepositorien** und Ladenutensilien zur öffentlichen Versteigerung gelangen.

Zobel, Auktions-Kommissarius.

Ein tüchtiger, militärfr. unverh. Dekonom, der mehrere Jahre selbständig gewirthsch., sucht zu Johanni c. eine anderweitige Stellung. Gefällige Adressen erbittet man unter **V. W.** in der Expedition dieser Zeitung.

Eine sehr interessante Broschüre.

Soeben erschien in der **Nicolai'schen Sortiments-Buchhandlung (M. Jagielski)** in **Berlin**, und in **Posen** Wilhelmsplatz Nr. 16 zu haben:

Die Juden u. der Deutsche Staat.

Preis 10 Sgr.

Bekanntmachung.

Der auf den 12. Februar c. festgesetzte Fastnachtsball fällt aus Veranlassung der allgemeinen Landestrauer aus; dagegen werden die geehrten Mitglieder des Casino zum

Ball den 19. Februar d. J.
Abends 7½ Uhr

hierdurch ergebenst eingeladen.

Posen, den 29. Januar 1861.
Die Casino-Direktion.

Sonnabend den 9. Februar Nachm. 4 Uhr, Allerheiligenstr. 4, Verauctionirung der gelesenen Bücher des **grünen Lesekreises** an die Mitglieder.

Der Vorstand.

Zur Unterstützung der Armen mit wohlfeilen Lebensmitteln ist eingekommen: von der Frau Gutsb. Schmädicke 25 Thlr., den Herren Stadtrath Mamroth, W. Andersch, S. D. Jaffe und Leiser Jaffe je 10 Thaler, Dr. Th. Werner, Louis Kantorowicz, W. Kronthal & Söhne und J. Freudenreich je 5 Thaler, Berwin, J. Jagielski, H. Mamroth, Calvary, F. Stephan, Heinr. Lißner, R. Rehfeld und Maurermeister Falbe je 3 Thaler.

Den Herren W. Scheibert in Stettin, L. Wollenberg, H. J. Remak, H. Hirsch, H. Marcus, R. Rabsilber, M. W. Rosenfeld, L. Heimann, Krakowski, Sal. Briske, Mor. Munk, Frau Oberamtmann Hofmeyer, den Herren Marcus Loevinsohn, Kanzl. Rth. Knorr, H. S. Jaffe, Hirsch Jaffe, Ad. Lichtenstein, Meyer Kantorowicz Wittwe, den Herren Goldenring, Kronthal & Levy, L. J. Loevinsohn, Ephraim Wittwe, den Herren L. Kempner, H. S. Kantorowicz, A. Kolski, E. Rehfeld, Louis Wollenberg, Dr. Handtke, je 2 Thlr.; den Herren R. Loevinsohn, Aronsohn & Schlesinger, Heilbronn Söhne, je 1 Thlr. 15 Sgr.

Den Herren J. Wache, S. Basch, Fräulein Weicher, Zadek, Louis Hirschfeld, Goslinski, G. Zupanski, Ph. Holz, Kohlschütter, Leßler, Moritz Asch, Alport & Fraenkel, H. Moral, N. T. Hundt, Wwe. Falk, Adolph Moral, R. J. Auerbach, Sal. Levy, A. Peiser, J. Lipschitz, S. Gottschalk, Arias Brand, A. H. Cohn, M. L. Lipschitz, E. Mendelsohn, Schönecker, Hart. Heilbronn, M. Wassermann, L. K. Wollenberg, Buchhalter Hoffmann, J. M. Friedländer Wwe., S. M. Kantorowicz, H. Borchert, Julius Kantorowicz, David Ephraim, Adolf Pander, Gebr. Wolff, T. Munk, J. Bendix, Oberfelt & Co. Kronthal u. Rieß, Heilbronn, J. Goldberg, J. Tichauer, A. Birner, Bitterlich Wwe., C. Schultz, M. Lewy, M. Brodnitz, N. N., F. Knothe, Bistrzycki, H. Baarth a. d. Sparbüchse, L. P., M. Stranz, J. C. Werner, Teschke, L. Krayn, Kuhnke, Adolf Brock, A. Pfuhl, M. Sobecki, Dr. Kupke, M. Lövinsohn, A. Kantorowicz, A. Aronsohn, Kaskel u. Munk und Frau W. Kantorowicz je 1 Thr.

Den Herren Buchhalter Esser 22 Sgr. 6 Pf., Gebr. Warschauer, C. F. Jänicke u. A. H. Peiser je 20 Sgr., Buchh. Zweuker, Buchh. Kories, Uszcz, L. Lehr, Guttmann Levy, H. Wolff, J. Bradt, M. Möller, G. Asch, J. Asch, S. Holz, S. Moral, H. Elkus, F. G. Fraas, T. Werner, Zerpanowicz Wwe., Kistler, Lask, E. Kantorowicz, Königsberger, Korach, Mozart, A. M. Jakobi, Jakob Königsberger, Julius Bork, Nehab, Bernh. Levy, S. A. Danziger, R. Behnisch, Nathan Tobias, Gebr. Fiegel, S. K., Laudon, J. Zadek, Hänisch, S. Beck und Ed. Kantorowicz je 15 Sgr., Benj. Schön, Sußmann, S. Latz, J. Salz, A. Mann und G. Schulz je 10 Sgr., Zölner, M. Salz, J. Möller u. Dr. Moses 7 Sgr. 6 Pf., Aug. Hartlieb 5 Sgr. nachträgl. 2 Sgr. 6 Pf.

D. G. Baarth.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Es werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Sonntag, 10. Febr. Vorm.: Herr Oberprediger Klette. Nachm.: Herr Pastor Schönborn.

Freitag, 15. Febr. Abends 6 Uhr: Passions-Gottesdienst: Herr Pastor Schönborn.

Ev. Petrikirche:

1) Petrigemeinde. Sonntag, 10. Febr. früh 9 Uhr: Herr Prediger Franck. Abends 6 Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Göbel.

Mittwoch, 13. Febr. Abends 6 Uhr: Gottesdienst: Herr Konsistorialrath Dr. Göbel.

2) Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 10. Febr. Vorm. 11 Uhr: Herr Konsistorialrath Carus (Abendmahl).

Freitag, 15. Febr. Abends 6 Uhr: Herr Konsistorialrath Carus.

Garnisonkirche. Sonntag, 10. Febr. Vorm.: Herr Divisionsprediger Lic. Strauß.

Donnerstag, 14. Febr. Abends 6 Uhr: Herr Divisionsprediger Lic. Strauß (Passionsandacht.)

Ev. luth. Gemeinde. Sonntag, 10. Febr. Vor- u. Nachm.: Herr Pastor Böhringer.

In den Parochien der oben genannten Kirchen sind in der Woche vom 1. bis 8. Febr.:

Geboren: 6 männl., 6 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 5 männl., 7 weibl. Geschlechts.
Getraut: 1 Paar.

Als Verlobte empfehlen sich statt jeder besondern Meldung:

Ulrike Wolffsohn,
J. J. Schachna.
Neustadt b. P. **Stettin.**

Satt besonderer Meldung.

Heute wurde meine liebe Frau **Ida** geb. **Heinersdorf** unter Gottes gnädigem Beistande von einem muntern Töchterchen glücklich entbunden.

Adelnau, 6. Februar 1861.

Dr. Altmann, Pastor.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, gestern Nachmittag 2 Uhr unsere innig geliebte Mutter und Großmutter **Eleonora Rüger** in ihrem 84. Lebensjahre aus dieser Welt zu einem besseren Leben hinüberzuführen, und findet die Beerdigung derselben morgen Vormittag 10 Uhr statt. Dieses zeigen wir statt jeder besonderen Meldung Freunden und Bekannten betrübt an.

Posen, den 8. Februar 1861.

Die verw. Reg. Sekretär **Klein** und deren Söhne.

Nekrolog.

Mit dem am 6. c. erfolgten plötzlichen Hinscheiden des Kaufmanns **Simon Holländer** in der Blüthe seines Lebens — er war kaum 40 Jahre alt — erlitt unsere Gemeinde einen herben Verlust. Er war nicht nur durch große Kenntnisse des Talmuds, Scharfsinn, Fleiß und **ungeheuchelte** Frömmigkeit ausgezeichnet, sondern auch durch seine wissenschaftliche Bildung, Toleranz, Freundlichkeit und Friedfertigkeit hochgeschätzt. Die städtische Behörde, deren Mitglied der Verblichene seit einer Reihe von Jahren war, hat in ihm ein sehr thätiges, für Gemeinwesen begeistertes Mitglied, und die jüdische Gemeinde, deren Repräsentantenvorsteher er war, eine ihrer schönsten Zierden verloren. Der Tod dieses biedern Mannes hat hier die allgemeinste Theilnahme erregt, die sich auch beim Leichenbegängniß deutlich kundgab. Der Magistrat und die Stadtverordneten in corpore, der Vorstand, die Repräsentanten und fast sämmtliche Gemeindeglieder, wie auch viele unserer christlichen Mitbürger gaben der Leiche das Geleite bis zum Friedhofe. Der Allgütige tröste die schwergeprüften Angehörigen des Verewigten und sein Andenken bleibe in Segen.

Samter, den 7. Februar 1861.

Der Vorstand und die Repräsentanten hiesiger Synagogen-Gemeinde.

Stadttheater.

Freitag: Wegen plötzlicher Unpäßlichkeit des Herrn Hacker kann die heute angekündigte Oper **Martha** nicht gegeben werden, dafür kommt **Orpheus in der Hölle**, kom. Oper, zur Aufführung.

Sontag, zum zweiten und letzten Male: **Die Gauner von Berlin**, großes Volksschauspiel mit Gesang in 5 Akten und 8 Bildern, von Hugo Müller. Musik von Neswadba.

Montag: Wegen Vorbereitung zur **Dinorah** keine Vorstellung.

Dienstag, zum Erstenmale: **Dinorah**, oder: **Die Wallfahrt nach Ploermel**, komische Oper in 3 Akten, von Meyerbeer. Besetzung: Dinorah — Frl. Stübecke, Hoel — Hr. Grunow, Corentin — Hr. Hacker, Hirtenknaben — Frl. P. Zschiesche, Frl. Hipfl d. j., Jäger — Hr. Koller. Die neue Dekoration, die Bergschlucht mit dem Wasserfall, ist vom Hrn. Prewitz neu gemalt.

Mehrfachen Anfragen, die Wiederholung **Palms** betreffend, zeige ich hiemit an, daß die Vorstellung nächste Woche gegeben wird.

In Vorbereitung für Herrn Freytags Benefiz: **Die Jagd nach einem Mädchen**, von Winterfeld.

Im Saale des Casino.
Sonnabend den 9. Februar 1861
Abends 7½ Uhr
CONCERT
von
Fräulein Jenny Meyer,
unter Mitwirkung
des königl. Musikdirectors
Herrn Prof. Julius Stern
aus **Berlin.**
Programm an der Kasse.

Billets zu numerirten Sitzplätzen à **25 Sgr.**, zu unnumerirten à **20 Sgr.** sind in der königl. Hof-Musikhandlung der Herren **Ed. Bote & G. Bock** zu haben.

Kassenpreis 1 Thlr.

Sonnabend den 9. Februar cr.
Eisbeine bei **A. Kullner**, kl. Gerberstr.

Vogt's Kaffeegarten.

Sonnabend den 9. d. Abendbrot: **Zrazy** mit **Bratkartoffeln.**

Heute zum Abendbrot
Zrazy und **Karpfen**
bei **A. Höhle**, Markt 67.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 8. Febr. 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	86¾	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „ „	—	100½	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105¼	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	116½	—	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	100½	—
„ 3½ „ „	93¼	—	—
„ 4 „ neue „	—	88¾ bz u G	
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	86¼	—	—
Posener Rentenbriefe	93	—	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	91
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	98	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	80	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87¼	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—		

Roggen wenig verändert, gekündigt 50 Wispel, pr. Febr. 43¼ bz., März 43⅜ bz. u. Br., Frühjahr 43⅝ bz. u. Br., ¾ Gd., Mai-Juni 44½ Br., ⅓ Gd., Juni-Juli 45⅛ Br.

Spiritus ohne Aenderung, gekündigt 6000 Quart, mit Faß pr. Febr. 20¼ bz., Br. u. Gd., März 20⅓—⅜ bz. u. Br., April 20 7/12 bz. u. Br., April-Mai 20¾ bz., Mai 21 bz., Juni-Juli 21 5/12 bz.

Posener Marktbericht vom 8. Febr.

	von Rt.	von Sgr.	von Pf.	bis Rt.	bis Sgr.	bis Pf.
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	27	6	3	2	6
Mittel-Weizen	2	20	—	2	25	—
Bruch-Weizen	2	15	—	2	17	6
Roggen, schwerer Sorte	1	23	9	1	25	—
Roggen, leichtere Sorte	1	20	—	1	21	—
Große Gerste	1	17	6	1	22	6
Kleine Gerste	1	10	—	1	17	6
Hafer	—	24	—	—	27	6
Kocherbsen	1	23	9	1	26	—
Futtererbsen	1	15	—	1	18	9
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	2	6	1	5	—
Kartoffeln	—	17	—	—	20	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	—	—	2	10	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	14	—	—	15	15	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 7. Febr. per 100 Qrt. à 80% Tr.	20	—	—	20	5	—
„ 8. „	20	—	—	20	7	6

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 7. Febr. Vorm. 8 Uhr 8 Fuß — Zoll.
„ 8. „ „ „ 8 „ — „

Produkten-Börse.

Berlin, 7. Februar. Nach amtlicher Feststellung durch die Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loko pr. 8000% nach Tralles frei ins Haus des Käufers geliefert am

1. Febr. 1861 . 20⅝ Rt.
2. „ . . . 20⅝ Rt.
4. „ . . . 20⅝ Rt.
5. „ . . . 20⅝—20⅞ Rt.
6. „ . . . 20⅞—21 Rt.
7. „ . . . 21 1/12—21⅛ Rt.

ohne Faß.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Berlin, 7. Febr. Wind: Süd-West. Barometer: 28¹. Thermometer: 8° +. Witterung: milde Luft.

Weizen loko 72 a 85 Rt.

Roggen loko 49¾ a 50½ Rt., p. Febr. 49⅛ a 49½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Febr.-März 48⅞ a 48⅞ Rt. bz., 49 Br., 48¾ Gd., p. Frühjahr 48¼ a 48½ Rt. bz. u. Gd., 48¾ Br., p. Mai-Juni 48⅜ a 48⅝ Rt. bz. u. Gd., 48¾ Br., p. Juni-Juli 48⅝ a 48⅞ Rt. bz.

Große Gerste 42 a 48 Rt.

Hafer loko 26 a 29 Rt., p. Febr. 26½ Rt. Br., p. Frühjahr 26¾ Rt. bz., p. Mai-Juni 27 Rt. bz. u. Gd.

Rüböl loko 11 5/12 Rt. Br., p. Febr. 11⅓ Rt. bz. u. Gd., 11⅜ Br., p. Febr.-März 11⅓ Rt. bz. u. Gd., 11⅜ Br., p. März-April 11⅜ Rt. Br., 11⅓ Gd., p. April-Mai 11⅓ a 11 5/12 Rt. bz. u. Br., 11⅜ Gd., p. Mai-Juni 11 5/12 a 11 13/24 Rt. bz. u. Br., 11½ Gd., p. Sept.-Okt. 11⅝ a 11 11/12 Rt. bz. u. Br., 11⅞ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 21 1/12 a 21⅛ Rt. bz., p. Febr. 21 1/24 a 21 5/24 Rt. bz. u. Br., 21⅛ Gd., p. Febr.-März 21 1/24 a 21 5/24 Rt. bz. u. Br., 21⅛ Gd., p. März-April 21⅓ a 21⅜ a 21⅓ Rt. bz., Br. u. Gd., p. April-Mai 21 11/24 a 21 7/12 a 21½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 21⅝ a 21 19/24 a 21⅝ Rt. bz. u. Gd., 21¾ Br., p. Juni-Juli 22 Rt. bz. u. Br., 21⅞ Gd., p. Juli-Aug. 22¼ a 22⅓ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5⅓ a 5¾, 0. u. 1. 5 a 5½ Rt. Roggenmehl 0. 3⅔ a 3 7/12, 0. u. 1. 3⅓ a 3 7/12 Rt. p. Ztr. unversteuert. (B. u. H. Z.)

Stettin, 7. Febr. Wetter: Nachts leichter Frost, klare Luft. Temperatur Mittags + 6° R. Wind: SW.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 78—84 Rt. bz., 85pfd. gelber p. Frühjahr 86 Rt. bz. u. Gd., 83/85pfd. 83 Rt. bz. u. Gd., 83½ Br, do. p. Mai-Juni 83 Rt. bz. u. Gd., 83½ Br.

Roggen loko p. 77pfd. 45, 45¼ Rt. bz., 77pfd. p. Frühj. 46¼ Rt. bz., 46½ Gd., p. Mai-Juni 47 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 47½ Br.

Gerste loko p. 70pfd. pomm. 44¾ Rt. bz., märker 44, 45, 46 Rt. bz., p. Frühj. 69/70pfd. 44 Rt. Br., 43½ Gd.

Hafer p. Frühj. 47/50pfd. 29 Rt. Br.

Erbsen, loko kleine Koch- 49—51 Rt. bz., Futter- 47—48½ Rt. bz.

Spiritus loko ohne Faß 20½, 7/12 Rt. bz., p. Febr.-März 20 7/12 Rt. bz. u. Br., 20½ Gd., p. Frühjahr 21⅛ Rt. bz. u. Gd., p. Mai-Juni 21⅛ Rt. Br. u. Gd., p. Juni-Juli 21⅔ Rt. Gd., p. Juli-Aug. 22⅛ Rt. Gd. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 7. Febr. Schönes warmes Wetter, früh + 2°.

Weißer Weizen 80—85—90—94 Sgr., gelber 80—85—88—92 Sgr.

Roggen, 61—62—64 Sgr.

Gerste, gelbe 45—51 Sgr., weiße 55—60 Sgr.

Hafer, 29—31—34 Sgr.

Erbsen, 55—60—65 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 95—97—98 Sgr. Sommerrübsen 63—72—80 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 12—13 Rt., mittler 13½—14½ Rt., feiner 15—16, hochfeiner 16½—17½ Rt., weißer ord. 8—11 Rt., mittler 12—14½ Rt., feiner 15—17 Rt., hochfeiner bis 21½ Rt.

Thymothe 9—10—10½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 20⅝ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Febr. 48¾ Gd. u. Br., Febr.-März 48¾ Gd. u. Br., März-April 49 Gd., April-Mai 49½ bz., Mai-Juni 50 bz.

Rüböl loko 11⅛ bz. u. Br., p. Febr. 11⅛ Br., Febr.-März 11⅛ Br., März-April 11¼ Br., April-Mai 11⅓ Br., Mai-Juni 11 5/12 Br., Sept.-Okt. 11⅝ Br.

Spiritus loko 20¾ Gd., p. Febr. u. Febr.-März 20¾ bz. u. Br., März-April 20⅞ Br., April-Mai 21⅛ bz. u. Br., 21 1/12 Gd. (Br. Hdlsbl.)

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 7. Febr. 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	73½ G
Aachen-Mastricht	4	16½-17 bz
Amsterd. Rotterd.	4	77½-¾ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	85 bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	111 bz
Berlin-Hamburg	4	109¾ B
Berl. Potsd. Magd.	4	135 bz
Berlin-Stettin	4	104 B
Bresl. Schw. Freib.	4	84½-½ bz
Brieg-Neiße	4	50 bz
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	129 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	35-½ bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	4	— —
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	125 G
Magdeb. Halberst.	4	190 B
Magdeb. Wittenb.	4	34 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	98½-99 bz
Mecklenburger	4	44⅝-⅞ bz
Münster-Hammer	4	— —
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	94½ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	44½-45 bz u B
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	122½-23½-23 bz
do. Litt. B.	3½	110½ G
Oest. Franz. Staat.	5	127¾-28½-28 bz u [G
Oppeln-Tarnowitz	4	30½ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	50 bz
Rheinische,	4	80-81-80¾ bz
do. Stamm-Pr.	4	90 G
Rhein-Nahebahn	4	25 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	75 G
Stargard-Posen	3½	82¾ bz
Thüringer	4	101 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115½ B
Berl. Handels-Ges.	4	79 G
Braunschw. Bk. A.	4	64 G
Bremer do.	4	97 G
Coburg. Kredit-do.	4	39 etw bz
Danzig. Priv. Bk.	4	85 G
Darmstädter abgst.	4	69 bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	93 G
Dessauer Kredit-do.	4	14 etw -½ bz
Dessauer Landesbk.	4	16 bz
Disk. Comm. Anth.	4	78½ G
Genfer Kred. Bk. A.	4	22 bz u G
Geraer do.	4	68¾ G
Gothaer Priv. do.	4	69½ etw bz
Hannoversche do.	4	90 B
Königsb. Priv. do.	4	80½ etw bz
Leipzig. Kredit-do.	4	59 B
Luxemburger do.	4	79¾ G
Magdeb. Priv. do.	4	77 B
Meining. Kred. do.	4	67¼ bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	81¾ bz
Oestr. Kredit- do.	5	54¼-54-½-54 bz u [G
Pomm. Ritt. do.	4	66 G
Posener Prov. Bank	4	80 bz u G
Preuß. Bank-Anth.	4½	127½ bz
Rostocker Bank Akt.	4	103 G
Schles. Bank Verein	4	75½ G
Thüring. Bank-Akt.	4	52 G
Vereinsbank, Hamb.	4	98½ G
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	75 bz

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	95 etw bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	63 bz
Hörder Hüttenv. Ak.	5	61 bz
Minerva, Bergw. A.	5	20 bz
Neustädt. Hüttenv. A	5	3½ G p. St.
Concordia	4	102½ B [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	81 G
do. II. Em.	4	80 G
do. III. Em.	4½	85 B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	50½ bz
Bergisch-Märkische	5	102½ bz
do. II. Ser.	5	102 bz IV. 99½ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	74¾ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	84¾ bz
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	83¼ bz
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	96¾ G
do.	4½	100½ bz
Berlin-Hamburg	4½	103 G
do. II. Em.	4½	102 G
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ bz
do. Litt. C.	4½	100 G
do. Litt. D.	4½	99½ G
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	87½ bz
do. III. Em.	4	86½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101½ bz
do. II. Em.	5	103 G
Cöln-Minden	4	87 G
do. III. Em.	4	83½ G
do.	4½	92 G
do. IV. Em.	4	82 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	79¼ G
do. III. Em.	4½	84½ B
Magdeb. Wittenb.	4½	92 G
Niederschles. Märk.	4	94 bz
do. conv.	4	93 G
do. conv. III. Ser.	4	89½ bz
do. IV. Ser.	5	102¾ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	79¼ G, C. —
do. Litt. D.	4	87 bz
do. Litt. E.	3½	74¾ G
do. Litt. F.	4½	93¼ bz
Oestreich. Französ.	3	251½ bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	85¾ G
do. v. Staatgarant.	3½	80¼ G
Rheinische Pr. Obl.	4½	87¾ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95½ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	80 G
do. III. Ser.	4½	85 B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	93½ G
do. III. Em.	4½	93½ G
Thüringer	4½	101½ bz
do. III. Ser.	4½	101½ B II. 104½
do. IV. Ser.	4½	98¾ G [G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100¾ G
Staats Anl. 1859	5	105¾ bz
do.	4½	100¾ bz
do. 1856	4½	100¾ bz
do. 1853	4	95¾ bz
N. Präm St A 1855	3½	116½ bz
Staats-Schuldsch.	3½	87 bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	84¾ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	100¾ G
do. do.	3½	83 G
Berl. Börsenh. Obl.	5	103 G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	90¾ bz
do.	4	100 bz
Ostpreußische	3½	83 G
do.	4	92½ bz
Pommersche	3½	88¾ bz
do. neue	4½	96¾ bz
Posensche	4	100¼ bz
do.	3½	93 bz
do. neue	4	88¾ bz
Schlesische	3½	89¼ bz
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	83 G
do.	4	92½ G
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95¾ bz
Pommersche	4	95¾ bz
Posensche	4	92½ bz
Preußische	4	95½ G
Rhein- u. Westf.	4	95¾ bz
Sächsische	4	96 B
Schlesische	4	95½ G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	43½ bz
do. National-Anl.	5	50½-51 bz u B
do. 250fl. Präm. O.	4	55 bz u B
do. neue 100fl. Loose	—	49¾ G
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87½ G
6. do.	5	99½ G
Englische Anl.	5	102¼ etw bz 4½%
N. Russ. Egl. Anl.	3	60 etw bz [89¾ G
Poln. Schatz-O.	4	80½ bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	93⅜ B
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in S R.	4	85⅞ bz
Part. O. 500 Fl.	4	90¾ bz
Oestr. 5proz. Loose	5	54-½ bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	87½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	45½ bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30⅜ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	95 etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 4½ bz
Louisd'or	—	109 bz u G
Sovereigns	—	6. 20 bz
Napoleonsd'or	—	5. 9⅜ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Jmp. 457 bz
Dollars	—	1. 11½ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	67 bz
Poln. Bankbillet	—	87¼ bz u G

Wechsel-Kurse vom 7. Febr.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141¾ bz
do. 2 M.	3	141⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150½ bz
do. do. 2 M.	2½	150 bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 18¾ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79⅛ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	66¾ bz
do. do. 2 M.	6	66¼ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅝ bz
do. do. 2 M.	4	99½ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	96¾ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	87¼ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die heutige Börse war fest mit Ausnahme des Schlusses, der sich ein wenig matter stellte; der Geschäftsumgang war beträchtlicher als gestern.

Breslau, 7. Februar. Sehr animirte Börse bei lebhaftem Begehr nach allen Spekulationspapieren und merklich höheren Kursen.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 54-¾-½ bz. Schlesischer Bankverein 77 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 84 Gd. dito Prior. Oblig. 85¾ Gd. dito Prior. Oblig. 93 Gd. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger 50½ Br. Oberschlesische Lit. A. und C. 122¾ Br. dito Lit. B. 110½ Gd. dito Prior. Oblig. 87 Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 93⅝ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 74¼ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 30½ Gd. Kosel-Oderberger 35¾ Gd. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Paris, Donnerstag, 7. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die Rede des Herrn v. Schleinitz und die Abstimmung in der gestrigen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses wirkten günstig auf die Börse. Die 3% schloß fest zur Notiz. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 91⅞ eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 68, 35. 4½% Rente 97, 80. 3% Spanier 46¾. 1% Spanier 40½. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 486. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 690. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.